

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

**Abonnementpreis**  
für Bielefeld und Umgegend, so-  
wie bei sämtlichen Agenturen frei  
ins Haus gebracht 60 Pfg. monat-  
lich. Durch die Post bezogen  
1,90 Mk. vierteljährlich exklusive  
Postgebühren.  
Einzelnnummer 10 Pfg.

**Erscheinungstage**  
mit Ausnahme der Sonn- und  
Feiertage täglich nachmittags.

**Verantwortlicher**  
Herrn Dr. H. H. H. Nr. 353.

# Volkswacht

Organ der Sozialdemokratie

für das östliche Westfalen und die sippischen Fürstentümer.

Buchhandlung, Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße Nr. 20.

Nr. 171.

Bielefeld, Montag, 26. Juli 1909.

20. Jahrg.

## Die deutsche Fortbildungsschule.

Die bürgerliche Gesellschaft gewährt dem Volke nur das Maß und die Art der Bildung, die in ihrem eigenen Interesse liegt. Sie wagt auf das sorgfältigste ab, ob das für die Volksbildung aufgewandte Kapital auch reichliche Zinsen bringt. Diese Wertung der Bildung nach kapitalistischen Grundsätzen bedingt das Maß des Aufwandes für die Fortbildungsschule. Ihre Weiterentwicklung erfordert Geld, viel Geld, für Volksbildung allesamt ein rarer Artikel in dem Militarstaate Deutschland. So kommt es, daß die Einrichtungen der neuen Schule noch höchst mangelhaft und unzureichend sind. Das beweist schon die eine Tatsache, daß der größte Teil der Jugend ohne jeden Fortbildungsschulunterricht sein muß.

1. Welche Organisation der Fortbildungsschule ist nötig, damit sie eine zweite Volksschulstätte werden kann?

Erstens muß durch Landes- oder besser noch Reichsge-  
gebung den Bundesstaaten oder Gemeinden die Errichtung von  
Fortbildungsschulen zur Pflicht gemacht werden. Wie heute  
auch die kleinste Gemeinde nicht ohne Volksschule ist, so darf  
in Zukunft auch keine Gemeinde ohne Fortbildungsschule sein.  
Zweitens muß der Besuch der Fortbildungsschule obliga-  
torisch werden. Solange er ein freiwilliger bleibt, wird der  
größte Teil der Jugend die Gelegenheit zur Fortbildung nicht  
benutzen. Nicht benutzen, weil die Jugend nicht immer die  
Bedeutung der Schulbildung zu würdigen versteht. Nicht be-  
nützen können, weil die Arbeitgeber den Urlaub während der  
Arbeitszeit zumeist verweigern.

Drittens muß die neue Schule für beide Geschlechter in  
gleicher Weise errichtet werden. Mädchen und Frauen werden  
durch die besonderen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse  
mehr und mehr in den Kreis des Erwerbslebens hineingezogen  
und bedürfen darum ebenfalls einer besseren geistigen Aus-  
stattung.

Notwendig für den Unterrichtserfolg ist ferner die Ver-  
einfachung des Sonntags- und die Einführung des Tagesunter-  
richts. Das richtige wäre, den mindestens achtstündigen  
Unterricht an zwei Halbtagen erteilen zu lassen. Der Sonntags-  
tag muß als Erholungstag zur freien Verfügung der Jugend  
bleiben. Diese Forderungen finden bei vielen Vertretern der  
Industrie und des Handwerkes den heftigsten Widerstand. Ganz  
begreiflich: Für sie ist ja die Jugend ein Gegenstand der  
kapitalistischen Ausbeutung und nicht der uneigennütigen  
geistigen Pflege und Fürsorge. Sie knüpfen ihre Zustimmung  
zur Einführung des Tagesunterrichts und des Sonntagsunterrichts  
an die Bedingung, daß die Lehrlinge um ein halbes oder ein  
ganzes Jahr verlängert werden. Echte Kapitalisten, die Mög-  
lichkeit einer besseren Jugendbildung für den eigenen Vorteil  
auszunutzen!

Notwendig für den Unterrichtserfolg ist weiter ein eigenes  
und tüchtiges Lehrpersonal. An einer beruflichen Fortbildungs-  
schule sollte kein Lehrer unterrichten, der nicht eine gute pädä-  
gogische und berufstechnische Ausbildung besitzt. Beide, der  
Volksschullehrer, der die Handwerkspraxis nicht kennt, und der  
Handwerksmeister, der die Schulpraxis nicht kennt, werden bei  
allen guten Willen Stümper bleiben. Die Lehrfrage ist  
eine Lebensfrage für die moderne Fortbildungsschule. Sie kann  
richtig nur gelöst werden durch reiche Geldmittel.

Notwendig für einen vollen Unterrichtserfolg und die kon-  
sequente Durchführung des Grundgedankens der beruflichen  
Fortbildungsschule ist auch die Errichtung von Schulwerkstätten.  
Sie erst ermöglichen ganz, die praktische Arbeit zum  
Ausgangspunkt und zugleich Mittelpunkt des gesamten Unterrichts  
zu machen. Auch die Sache kostet viel Geld und wird deshalb  
im bürgerlichen Gegenwartsstaat eine vereinzelte Einrichtung  
bleiben.

Die vorstehenden Forderungen müssen erfüllt werden, wenn  
die Fortbildungsschule ihren Zweck vollständig erreichen soll.  
Es ist nun sehr bezeichnend für unsere bürgerliche Gesellschaft,  
daß sie nicht einmal für eine Schule, die ausschließlich ihren  
Zwecken dienen soll, das nötige Geld aufbringen kann. Von allen  
politischen Parteien ist es heute allein die Sozialdemokratie, die  
für die Erfüllung vorstehender Forderungen eintritt.

2. Was ist vom Standpunkt des Sozialismus aus zu den Zielen  
der modernen Fortbildungsschule zu sagen?

Ist es richtig, der modernen Fortbildungsschule den Charak-  
ter einer Berufs- oder Fachschule zu geben? Die Tatsache ist  
ja nicht zu leugnen, daß die alte Fortbildungsschule nur ge-  
ringere Erfolge erzielt hat. Das lag aber nicht ausschließlich  
daran, daß sie nur Allgemeinbildung vermitteln wollte. Sie war im  
wesentlichen Wiederholungsschule und befah, dazu eine sehr  
mangelhafte Organisation. Kein Zweifel: Bei gleich günstigen  
äußeren Bedingungen und neuen interessanten Bildungsmitteln  
hätte auch die alte Fortbildungsschule gute Resultate erzielt.

Trotzdem müssen wir die Forderung der modernen Schule,  
die Berufsarbeit in den Mittelpunkt des Unterrichts zu stellen,  
grundsätzlich als richtig anerkennen. Es kommt darin der echt  
sozialistische Erziehungsgehalt zum Ausdruck: „Die Arbeit,  
die körperliche Arbeit, zur Grundlage der Erziehung, auch der  
geistigen und sittlichen zu machen.“ Es ist auch wohl zu be-  
achten, daß ohne die Arbeit der Fortbildungsschule die Berufs-  
ausbildung des Lehrlings unvollkommen bleiben müßte. Denn  
die Meisterlehre leistet nach der theoretischen Seite so gut wie  
gar nichts. Kalkulation, Buchführung, Geschäftsaufsatz, Ge-  
werbe- und Sozialgesetzgebung können nicht in der Werkstatt,  
sondern nur in der Schule erlernt werden. Der Satz: „Der  
Fortbildungsschule die Berufsbildung“ hat um so weniger Be-  
denken, als in den Lehrplan auch Gesundheitslehre, Volkswirt-  
schaftslehre, Verkehrslehre, Bürger- und Gesetzeskunde aufge-  
nommen sind. Wissensstoffe, die in unserer Zeit nicht mehr Be-  
standteile einer bestimmten Berufsbildung, sondern der Allge-  
meinbildung sind.

Wogegen wir uns aber wenden müssen, daß ist eine falsche  
Anwendung, eine Ueberbannung des Berufsgedankens. In  
der Literatur ist die Meinung verbreitet, daß der weitest ge-  
hende Teil der Jugend in solchen Berufsbildungsschulen eine ent-  
sprechende Ausbildung erhalten könne. Diese Ansicht hat vor  
fünfzehn Jahren, als man die Ziele der modernen Fortbildungs-  
schule aufstellte, eine gewisse Berechtigung gehabt. Jetzt ent-  
hält sie einen groben Irrtum, veranlaßt durch eine bedenkliche  
Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse unseres heutigen  
Wirtschaftslebens. In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß

bei der großen Masse der industriell beschäftigten Arbeiter von  
der Erlernung eines besonderen Berufs überhaupt keine Rede  
mehr sein kann. Sie haben innerhalb des verwickelten Vor-  
gangs der Warenherstellung nur eine bestimmte Teilarbeit zu  
verrichten und wechseln auch diese recht häufig. Es ist eine arge  
Verkenntnis der Verhältnisse, wenn man z. B. die jugendlichen  
Arbeiter und Arbeiterinnen einer Kammgarnspinnerei in Nach-  
klassen zusammenfaßt und den ganzen Unterricht auf die Schaf-  
wolle aufbaut. Durch die immer weiter gehende Arbeitsteilung  
und Erhebung der Menschenhand durch die Maschine braucht  
die Industrie jetzt viel weniger Berufsarbeiter als vor fünfzehn  
Jahren. Darin liegt auch die Erklärung für die Tatsache, daß  
die Großindustrie heute an der Ausgestaltung der Fortbildungs-  
schule nicht mehr das gleiche Interesse wie früher zeigt. Theoretiker  
und Praktiker der Fortbildungsschule verwechseln also nicht selten,  
daß es etwas wesentlich anderes ist, ob der Junge wie beim  
Handwerk die Arbeit des ganzen Produktionsprozesses verstehen  
und ausüben lernt oder ob er nur Teilarbeit verrichtet.

Dieser grundsätzliche Unterschied in dem Charakter der Arbeit  
muß natürlich seine Berücksichtigung in der Ausgestaltung der  
Fortbildungsschule finden. Für den weitesten größten  
Teil der in der Industrie beschäftigten Arbeiterjugend muß die  
Fortbildungsschule den Charakter einer allgemeinen Bildungs-  
anstalt erhalten. Einer Bildungsanstalt, in der, wie in der Be-  
rufsbildungsschule, die körperliche Arbeit die Grundlage des  
Unterrichts und der Erziehung bildet, in der in zweckmäßig ein-  
gerichteten Werkstätten die Jugend planmäßig in den Gebrauch  
der wichtigsten und allgemein gebräuchlichen Werkzeuge und Ma-  
schinen einführen wird.

Nach der herrschenden Ansicht soll die Fortbildungsschule  
ausschließlich Berufsberatung vermitteln. Wie wird es dann  
aber mit einer besseren Allgemeinbildung? Die Arbeitgeber  
haben für sie überhaupt nichts übrig, weil sie ihnen keinen direkten  
Nutzen bringt. Die Fortbildungsschulmänner empfehlen  
den Ausbau der Volksschule. Sie übersehen dabei einen sehr  
wichtigen Umstand: daß es eine Menge Allgemeinwissen ge-  
schichtlichen, sozialen, literarischen und naturwissenschaftlichen  
Inhalts gibt, das Gemeingeist des Volkes werden muß, für  
das aber der 13- oder 14-jährigen Volksschüler Erziehung und  
Verständnis abgeht. Die Allgemeinbildung darf also mit der  
Entlassung aus der Volksschule nicht abgeschlossen, sondern höch-  
stens unterbrochen sein. Wird der Besuch der Fortbildungs-  
schule auf die Zeit vom 14. bis 18. Lebensjahre festgesetzt, so ge-  
nügt die drei Jahre der Lehrzeit vollst für die berufstheore-  
tische Ausbildung. Das vierte Jahr muß ausschließlich der  
Allgemeinbildung gewidmet sein. Es vereinigt die gesamte  
Arbeiterjugend ohne Rücksicht auf Geschlecht und Beruf zur  
gemeinsamen, rein geistigen Unterrichtsarbeit. Nachdem drei  
Jahre lang der Lehrling im Zentrum des Unterrichts gestanden,  
tritt am Ende des ganzen Bildungsganges nochmals der Mensch  
in den Mittelpunkt.

Die moderne Fortbildungsschule verfolgt neben der Ver-  
mittlung der Berufsberatung als zweites Ziel: Erziehung der  
Jugend zu Staatsbürgern. Dagegen läßt sich grundsätzlich auch  
von unserer Seite nichts einwenden. Im Gegenteil: die Ver-  
treter der sozialdemokratischen Partei haben den Unterricht in  
der Bürger- und Gesetzeskunde seit Jahren gefordert. Schärferen  
Protest aber müssen wir gegen die Art, gegen die Tendenz  
dieses staatsbürgerlichen Unterrichts erheben. Er soll als poli-  
tisches Kampfmittel gegen die sozialdemokratische Partei miß-  
braucht werden und die Jugend mit Absicht vor dem Sozialis-  
mus erfüllen. Leider ist es nicht das Ziel der Fortbildungs-  
schule, die Jugend ohne Rücksicht auf die herrschenden politischen  
und wirtschaftlichen Mächte zu kennenzulernen, modern den-  
kenden und selbständig handelnden Staatsbürgern zu erziehen.

Nein, fromme und willenslose Untertanen statt freie und selbst-  
bewusste Staatsbürger, Knechte statt Männer soll die Schule  
bilden. Es ist bezeichnend für viele Jugendbildner, daß sie  
noch nicht einmal die Grundbegriffe des Sozialismus kennen und  
trotzdem diese Kulturbewegung durch eine aufdringliche und  
plumpe Art des Jugendunterrichts zu bekämpfen suchen. Über  
alle diese Pädagogen und neben ihnen die bürgerlichen Politiker  
und Staatsmänner verstreuen eine Meinung: Daß nicht die  
Schule, sondern das Leben die erfolgreichste Erzieherin ist. Die  
Schule lehrt durch Worte, das Leben durch Taten, und diese  
werden für den Sozialismus. Außerdem aber hat gerade die  
tendenzlose Art der Jugendberziehung die sozialdemokratische  
Partei zu wirksamen Gegenmaßnahmen auf diesem Gebiete ver-  
anlaßt.

Fassen wir zusammen: Die moderne Fortbildungsschule ist in  
Ziel und Organisation eine Schöpfung der bürgerlichen kapitalis-  
tischen Gesellschaft. Sie dient ihr als Instrument einerseits  
zur besseren Ausnutzung der Arbeitskraft, andererseits zur Er-  
haltung ihrer politischen Herrschaft. Sie spiegelt in ihren Zielen  
den Klassencharakter der heutigen Gesellschaft und die rücksichts-  
lose Geltendmachung der politischen Macht auf dem Gebiete des  
Unterrichtswesens wider. Die herrschenden Klassen legen der  
Arbeiterjugend eine geistige Nahrung vor, die weder dem Bedürf-  
nisse noch dem Geschmack der Arbeiter entspricht. So ge-  
fällt sich der für körperlichen auch die geistige Unterernährung der  
Volksmassen.

Es mag nun auffallend erscheinen, daß die sozialdemokratische  
Partei eine Schule unterstellt und mit aller Energie auszubauen  
sucht, die als Klassenbildung den Klassenwettbewerb der herrschen-  
den Gesellschaft dient. Die Erklärung sei angedeutet in dem  
Satz: Besser eine einseitige Bildung als gar keine. Die Bil-  
dung, die heute im Dienste des Kapitals steht, kann morgen ein  
Skelett für den Fortschritt der Arbeiterbewegung werden. Ab-  
nungsdoll schreibt ein Schulmann: „Ohne Erziehung zur sitti-  
chen Freiheit, ohne Glauben und Autoritätsgefühl wird die  
Volksschule zur zweifelhafte Waise.“ Eifriger denn je ist  
die Sozialdemokratie daran, die Jugendberziehung und damit die  
Volksschule zu fördern und so die Waise für den großen Be-  
freiungskampf der Arbeiter zu stärken.

(Vgl. Hoffmann-Kaiserslautern in der „Arbeiter-Jugend“.)

## Politische Uebersicht.

### Deutsches Reich.

Radrennen mit Motorschrittmachern verboten. Berlin,  
25. Juli. Die Rennbahndirektion im Botanischen Garten, der  
sechs Menschenleben zum Opfer fielen, hat die preussischen Be-  
hörden zu einer entscheidenden Maßnahme veranlaßt. Vom Mi-  
nister des Innern sind die Radrennen mit Motorschrittmachern

auf den preussischen Rennbahnen bis auf weiteres verboten  
worden.

**Tabaksteuer und Arbeitslosigkeit der Tabakarbeiter.** Eine  
amtliche Feststellung der Arbeitslosigkeit im Tabakarbeiterberuf,  
soweit sie sich aus der neuen Tabaksteuer ergibt, wird in Baden  
eingeleitet. Am 24. Juli fand im Bezirksamt zu Mannheim  
zwischen dem Leiter der badischen Fabrikinspektion Dr. Wittmann  
und Vertretern der Tabakarbeiter eine Aussprache darüber statt,  
in welcher Form die Feststellung der Arbeitslosigkeit erfolgen  
soll. Es wird der Versuch gemacht werden, einwandfrei festzu-  
stellen, welche Wirkung die neuen Steuern auf die Arbeits-  
verhältnisse der in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiter und  
Arbeiterinnen ausübt. Die Erhebungen werden unter Mit-  
wirkung der Gewerkschaften gemacht.

**Der Widerstand gegen die neuen Steuern.** Die vom Schnaps-  
brosch angenommenen Börsensteuern führen zu Manipulationen,  
die die Ertragsberechnungen der Geheimräte vollständig über  
den Haufen zu werfen geeignet sind und die Unhaltbarkeit der  
Steuergehalte auf das Deutlichste kennzeichnen. Die Bürger-  
schaft Ludwigschafens hatte auf Antrag des Stadtrates in einer  
Gemeindeversammlung die Aufnahme einer Anleihe von zwei  
Millionen beschlossen. Bei Vergebung der Anleihe, zu der eine  
große Anzahl von Angeboten aus Bankrotfällen vorlag, beschloß  
nun der Stadtrat in einer geheimen Sitzung am Freitag, die  
Anleihe ohne Ausgabe von Schuldscheinen mit einem  
Bankrottantrag abzuschließen; dadurch wird der Wertpapiermarkt,  
sowie die sonst fällige Talonsteuer auf die Zinsbogen gepakt.  
Die Stadt hat durch die Vergebung der Anleihe auf diesem Wege  
eine Erparnis von rund 14 000 Mk., wovon 6000 Mk. auf die  
erhöhte Reichsteuern und 8000 Mk. auf die Talonsteuer  
entfallen. In ähnlicher Weise ist auch die Stadt Frankfurt  
(Hs.) mit einer aufzunehmenden Anleihe im Betrage von  
1 800 000 Mk. vorgegangen. Die Art der Erledigung dieser  
Anleiheaufnahmen zeigt zur Evidenz, wie elend das Wachstum  
und erbärmliche Steuerlast der neuen Börsensteuern darstellt,  
die, wenn sie praktisch durchführbar wären, doch immer wieder  
die große Masse des Volkes belasten würden.

**Der Ertrag der Zündholzsteuer in Gefahr.** An den neuen  
indirekten Steuern wird die Regierung wenig Freude erleben,  
und sie wird auch tun, den Ertrag von 400 Millionen Mark (schon  
jetzt entsprechend zu reduzieren, und nur mit etwa 300 Millionen  
Mark zu veranschlagen. In den Kreisen der Zündholzindustrie  
trägt man sich nämlich mit dem Gedanken, Streichhölzer her-  
zustellen, die an beiden Enden angezündet werden können. Tech-  
nisch wäre das zweifellos möglich, die Hölzer müßten nur etwas  
länger sein als gewöhnlich. Der Ertrag der Steuer würde  
dadurch natürlich ganz erheblich herabgemindert werden. Viel-  
leicht breitet sich das Zentrum im Verein mit den Konfessionen,  
den Bundesrat aufzufordern, dem Reichstage auch eine Novelle  
zum Zündholzsteuergesetz zu unterbreiten.

**Künstliche Entrüstung der „Germania“ über Steuerbrü-  
dergerei.** Die „Germania“ teilt mit, daß bisher circa 270 Ge-  
sellschaft Talonbogen auf lange Jahre hinaus, zum Teil bis  
für 30 Jahre, ausgegeben haben, um die mit dem 1. August d. J.  
in Kraft tretende Talonsteuer zu sparen. Das Zentrumblatt  
macht ganz entrüstet den Vorschlag, im Herbst ein Gesetz zu  
machen, das alle seit dem 1. Juli ausgegebenen Talonbogen nach-  
steuert, und die zwischen 1. Juli und 1. August ausgegebenen  
mit doppelten Steuern (2 Proz.) zu belegen, da es sich um eine  
moralische Steuerhinterziehung handle. Die Steuern, die durch  
die Massenausgabe der Talons jetzt gespart wurden, belaufen  
sich auf Millionen.

**Die Novelle zur Gewerbeordnung.** Lange Monate hindurch  
hat die Gewerbeordnungskommission des Reichstages über die  
Gewerbeordnungsnovelle beraten, die eine Form angenommen  
hat, die allerdings ziemlich weit über den Rahmen der Regie-  
rungsVorlage hinausgeht. So wurden beschlossen: Lohnämter  
für Hausarbeiter, Achtkuh-Ladenschluß, Anstellung von Handels-  
inspektoren und eine Maximalarbeitszeit für Kontore. In dieser  
Kommission war die Regierung in erster Linie vertreten durch  
den damaligen Staatssekretär des Innern, jetzigen Reichsfinanz-  
minister von Bethmann-Hollweg. Eine ganze Reihe der geistigen Be-  
schlüsse erklärte er für absolut unannehmbar. Die nun ver-  
lautet, hat die Regierung nicht die Absicht, diese Gewerbe-  
ordnungsnovelle wieder einzubringen, und sie kommt damit einem  
Wunsche der Sozialdemokraten in Handel und Industrie entgegen.  
Vielleicht läßt sich daran schon erkennen, wohin der sozial-  
politische Kurs führt, den Herr von Bethmann-Hollweg als  
Reichsfinanzminister will.

**Der Kampf um die Talonsteuer.** Am Sonnabend Abend  
wurde offiziell mitgeteilt, daß im Bundesrat Einigkeit darüber  
bestünde, daß den Versuch, die Talonsteuer durch vorzeitige  
Ausgabe von Zinsbogen zu vermeiden, unter allen Umständen  
entgegengetreten werden muß. Der „Reichsanzeiger“ hat auch  
bereits eine Liste jener Aktiengesellschaften veröffentlicht, die  
bereits neue Talonbogen auf lange Jahre hinaus ausgegeben  
haben. Die Presse des Zentrums und der Konfessionen ist  
über dieses Vorgehen außerordentlich aufgebracht. Man mag  
über das Verhalten der Aktiengesellschaften denken, wie man  
will, jedenfalls steht aber fest, daß diese Manipulation nicht  
durch das Gesetz verboten ist. Es heißt nämlich dort ausdrücklich,  
daß von der Steuer nur jene Talonbogen erfaßt werden  
sollen, die nach dem 1. August zur Ausgabe gelangen. Wollte  
man verhindern, daß die Aktiengesellschaften zu solchen Ausflüchten  
greifen, dann dürfte man die Steuergehalte nicht so überaus  
schlampig zusammenfassen. Schon in der Steuerkommission  
ist von verschiedenen Seiten auf die Mangelhaftigkeit der  
Steuergehalte hingewiesen worden, die neue Steuerermehrung war  
aber so „schaffensfremd“, daß alle Vernunftgründe verlagen.  
Die Presse des Steuerblocks fordert nunmehr, daß dem Reichs-  
tag gleich nach seinem Zusammentritt eine Novelle zum Tem-  
pelsteuergesetz vorgelegt wird, welche es ermöglichen soll, alle in  
der Zeit vom 1. Juli bis 1. August zur Ausgabe gelangenden neuen  
Talonbogen der Steuer zu unterwerfen.

**Ein Gewerkschaftsführer durch einen Offizier verhaftet.** Ende  
vorigen Monats beauftragte die Bauarbeiterkommission in  
Mainz die Arbeitsplätze und fand, daß die Schutzvorrich-  
tungen mancherlei zu wünschen übrig ließen. Zu den Bauten, die  
derartige Mängel zeigten, gehörte auch das bei Kassel gelegene  
„Fort Viebler“. Nachdem die Baupolizei und die Berufs-  
genossenschaft vor einiger Zeit von den Mängeln in Kenntnis  
gesetzt worden waren, beschloß die Bauarbeiterkommission,

sich zu überzeugen, ob den Mängeln abgeholfen worden sei. Freitag früh begab sich der Angestellte des Maurerverbandes, H. Lehn, nach der Waustraße des „Hort Viehler“, um sich von dem Voller die Erlaubnis zur Besichtigung der Bauhütte geben zu lassen. Auf einem Steg, der über einen Ballgraben führt, begegnete ihm der Bauhüttenführer Jacobi in Gesellschaft von zwei Offizieren. Jacobi rief: „Das ist der Geber, der Verführer, der muß abgehängt werden!“ Darauf ließ einer der Offiziere Lehn verhaften. Lehn wurde alsdann von drei Soldaten auf die Wache des Horts eskortiert, wo er, obgleich er sich genügend auszuweisen konnte, von 8 Uhr morgens bis 1 Uhr mittags behalten wurde. Um diese Zeit erschien dann ein Schutzmann, der Lehn in Empfang nahm, um ihn nach Kassel zu führen. Dort wurde er von dem Polizeikommissar vernommen und dann, nach sechs Stunden Freiheitsberaubung, entlassen.

**Das Kall-Syndikat.** Berlin, 25. Juli. Nach schwierigen Verhandlungen haben sich die Vertreter der Kallwerke gestern Abend über ein Syndikat verständigt, das am 1. Januar 1910 zunächst auf ein Jahr laufen soll, mit der Maßgabe, daß das Syndikat sich nach dieser Frist auflöst, falls nicht bis 1. Oktober 1910 eine Verständigung wegen Behandlung der außerordentlichen Verkäufe, die zwischen Kallwerken-Sollstekt und dem amerikanischen Nordlangertrust getätigt sind, zustande kommt. Im Falle einer solchen Verständigung würde sich der Syndikat-Vertrag von selbst um weitere vier Jahre verlängern. Es soll aber jedem Mitgliede das Recht zustehen, den Syndikat-Vertrag schon innerhalb des ersten Jahres mit sechsmonatlicher Frist zu kündigen. Die Syndikatsleitung hat das Recht, falls die Marktlage es erfordert, mit Kampfpreisen vorzugehen. Der Sitz des Syndikats während des nächsten Jahres bleibt in Stuttgart. — Um 11 Uhr fand die Unterzeichnung des Kall-Syndikatsvertrages durch die Syndikatsmitglieder statt.

**Gegen die Schiffsabgaben.** Duisburg, 25. Juli. Die gestern abgehaltene Hauptversammlung des Vereins zur Beseitigung der Rhein-Schiffsabgaben nahm Stellung zu dem von der preussischen Regierung im Bundesrat eingebrachten Gesetzesentwurf über Erhebung von Schiffsabgaben und richtete an die preussische Regierung die Bitte, den Entwurf zurückzuziehen.

**Der Sozialismus als Erwerber der Arbeiter.** In der Zeitschrift „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft“ bespricht der Herausgeber Professor Karl Bücher die Jugendgeschichte einer Arbeiterin, den „Lebensgang eines deutsch-tschischen Handarbeiters“ von Wenzel Hölzel und die von Levenstein herausgegebenen Arbeiterbriefe „Aus der Tiefe“. Am Schlusse der ausführlichen Beschreibung kommt er zu nachstehenden Bemerkungen: Das Maß von Bildung, das sich viele von ihnen (den deutschen Arbeitern) trotz mangelhaftester Schulunterstützung und fast nie abbrechender Nahrungsjahre nach spät aneignen, ist gar nicht zu unterschätzen. Für alle aber bedeutet — das lehrt die drei hier angelegten Bücher in eindringlichster Weise — der Eintritt in die Gebantenwelt des Sozialismus den gewaltigsten inneren Fortschritt. Sie werden mit einem Male aus ihrer trostlosen geistigen Isolation in ihrem dumpfen vegetativen Dasein emporgeworfen und zum Nachdenken über die sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhänge gezwungen. Sie erkennen sich selbst als ein Glied an einer großen Kette, ihr Schicksal als die Wirkung von Ursachen, die fast das ganze menschliche Geschick beherrschen. Was das Licht, das ihnen so plötzlich aufgeht, viele mehr blenden als erleuchten, mag das geistige Streben, das die neue Erkenntnis auslöst, für manche mehr zur Verblüffung als zur Bildung führen, interessante Zeitbilder bleiben diese Verlehrungsgeschichten immerhin und darum seien sie der allgemeinen Aufmerksamkeit empfohlen.

**Änderungen im Reichsfinanzwesen.** Mit dem Termin, an dem die Reichsfinanzgesetze in Kraft treten, erlangen auch eine Anzahl Bestimmungen Gesetzeskraft, die sich nicht auf Steuererhöhungen beziehen. So ist mit dem Tage der Verkündung des Reichsfinanzgesetzes der § 3 des Reichsfinanzreformgesetzes vom 3. Juni 1906 außer Kraft getreten und gleichzeitig haben die neuen Vorschriften über die Matrularbeiträge Geltung erlangt. Im § 3 des erwähnten Gesetzes war bestimmt, daß die Einzelstaaten bei etwaiger Anzulänglichkeits der Reichseinkommen Matrularbeiträge bis zu 40 Bfg. für den Kopf der Bevölkerung zu zahlen hätten, und daß von ihnen darüber hinaus aufzubringende Beträge auf 3 Jahre gestundet werden sollten. Nach den neuen Bestimmungen sind die für 1906 bis 1908 gestundeten Beiträge auf Anleihe zu übernehmen; für 1909 haben die Einzelstaaten gegebenenfalls 48,6 Millionen Mark an das Reich zu zahlen. Eine rückwirkende Kraft ist der Bestimmung über die Erbschaftsteuer gegeben. Es ist im neuen Finanzgesetz angeordnet worden, daß von dem Hobertrage, der aus der Besteuerung der Erbschaften auskommt, das Reich drei Viertel erhält, und den Einzelstaaten ein Viertel ihrer Einnahmen verbleibt. Diese Anordnung hat ihre Geltung schon am 1. April 1909 erlangt. Sie gilt also für das gesamte laufende Finanzjahr und wird dessen Gesamtanordnungen zwischen Einzelstaaten und Reich auf dem Gebiete der Erbschaftsteuer zugrunde gelegt werden. — Mit dem 1. Januar 1910 wird die Bestimmung in Kraft treten, wonach die Zentralpostbehörden von jedem Träger der Unfallversicherung einen Betriebsfonds einzahlen können. Die Vermögensgegenstände und sonstigen Träger der Unfallversicherung haben danach nahezu ein halbes Jahr Zeit, sich auf die Neuordnung einzurichten. — Mit dem 1. April 1911 tritt die jetzige Bestimmung des Reichsfinanzreformgesetzes vom Jahre 1906, wonach die Reichsanleihe in Höhe von mindestens 1/2 vom Hundert zu tilgen ist, außer Geltung. Dafür treten dann die neuen Tilgungsordnungen in Kraft. — Schließlich ist in diesem Zusammenhange noch zu erwähnen, daß die neuen Bestimmungen über die Abgabenerhebung vom Bier für Rechnung der Gemeinden und über die Gemeindebesteuerung in Elbst-Verträgen vom 1. April 1910 ab Geltung erlangen.

**Behandlung deutscher Redakteure im Gefängnis.** Die in Stettin erscheinende Zeitschrift „Die Zeit“ brachte die nachstehende hüßige Anzeige:

Infolge sorgfältiger staatlicher Ausbildung bin ich heute in der Lage, mich einem verehrten Publikum zur Ausführung aller in das Fach schlagenden Flechtarbeiten in empfehlende Erinnerung zu bringen. Ich bitte, sich nicht etwa durch ungerechtes Vorurteil, z. B. daß ein Redakteur nie ein guter Stuhlflechter sein könne, von einer Geschäftsverbindung abhalten zu lassen.

NB. In der Stargarder Lehranstalt wurden meine Flechtarbeiten von höheren Beamten wiederholt gelobt.

Otto Passfeld.

Herr Passfeld ist von Beruf Redakteur und zurzeit Herausgeber der erwähnten Wochenzeitschrift. Er hatte in seiner Tätigkeit eine halbjährige Gefängnisstrafe verbüßt, zu deren Verbüßung er am 9. Dezember vorigen Jahres vom Kronenbett aus ebenfalls verhaftet wurde. Nachdem — wie er angibt — ein Schlosser gewaltsam die Wohnung erbrochen hatte, erschienen drei Kriminalbeamte, zwei Schupkeule und das Personal des Sanitätsmagazins. Er wurde auf eine Wache geschleppt und in seiner alten Wohnung die Treppen hinunter- und in seiner neuen, im Gefängnis, die Treppen hinaufgeschleppt. Obwohl

**Bielefelder Sommertheater.** am Sonntag, 25. Juli: Marie oder Die Perle von Savoyen. Schauspiel mit Gesang in 5 Akten von W. Friedrich. Diese Aufführung hatte das Haus gefüllt. Vielleicht war es nur der Sonntag, aber man sollte meinen, daß dieser Sommerabend anders wirken müßte. Aber das Publikum des Sommertheaters verlangt wirklich nichts Besseres. Gelpelt wird besonders die Marie von Annelis Fellen recht gut. Schrecklich ist es aber doch, wie durch diese Vorstellungen dem schlechten Geschmack Vorwurf geleistet wird.

nach dem Gesetz Strafgefangene ihrem Beruf entsprechend beschäftigt werden sollen, wurde Passfeld in der Stargarder Strafanstalt mit dem Flechten von Rohrstuhlgeflechten bestraft. — drei Monate in Einzelhaft und drei Monate im trauten Verein mit einigen Einbrechern. Der Antrag auf Strafmilderung wurde abgelehnt, die Staatsanwaltschaft Stettin erklärte in der schweren Minderheit des Gefangenen keinen gesetzlichen Grund dazu.

### Die „Kreuzzeitung“ gegen die Trinkgelder.

Die „Kreuzzeitung“ fordert zum Ausgleich der durch die Biersteuer eintretenden Bierpreissteigerung die Abschaffung der Trinkgelder; sie schreibt:

„Das Trinkgelberunwesen — so darf man es wohl bezeichnen — ist schon oft und von den verschiedensten Seiten als ein unerträglicher Zustand beklagt worden, allein es ist nicht nur bestehen geblieben, sondern hat sich immer weiter im Lande verbreitet, so daß jeder Kellner, der einem ein Glas Bier bringt, dafür bei der Bezahlung ein Trinkgeld erwartet und es meist auch erhält. Der Gast zahlt damit oft bis zu 50 Prozent seiner Bezahlung als Trinkgeld, bestreut seinen Biergenuss somit ohne Murren in einer Höhe, die er dem Kellner niemals zugestehen würde, und zeigt damit offenkundig, daß das Bier ein ganz vorzügliches Objekt für eine Steuererhöhung ist, daß das Trinkgeld aber die jetzige Steuererhöhung nicht berechtigt gewesen ist, und daß man, ohne den Biertrinker zu wehe zu tun, einen höheren Steuerfuß für das Bier hätte annehmen können.“

Von der Steuer, die die Gäste jetzt in Form des Trinkgeldes zahlen, sollten sie sich bei der jetzt sich bietenden Gelegenheit befreien. Es wäre sehr erfreulich, wenn infolge der Erhöhung der Biersteuer gegen das Trinkgelber in den Wirtschaften entschieden und mit Erfolg vorgegangen würde. Ein innerer Grund für die Beibehaltung der Trinkgelber in den Wirtschaften liegt in keiner Weise vor. In keinem anderen Gewerbe fällt es dem Käufer ein, dem ein Trinkgeld zu geben, der ihm die Ware verabreicht. Das ein Stammgast in einem Lokale dem Kellner, von dem er mancherlei Aufmerksamkeit verlangt, mal eine Belohnung gibt, ist verständlich. Unverständlich aber ist es, für jede Bedienung ein Trinkgeld zu geben, das im Grunde genommen ja dem Wirt und nicht dem Kellner zukommt, der mit Rücksicht auf die Trinkgelber nicht für seinen Dienst entsprechend bezahlt wird.“

Mit dem letzten Satz tönt die „Kreuzzeitung“ ihr Plaidoyer über die Trinkgelber selbst über den Haufen. Heute liegen die Dinge in der Tat so, daß die Trinkgelber den Arbeitslohn der Kellner darstellen; die Stellen, wo Kellnern ein Monatsgehalt von 2 bis 30 Mk. geboten wird, gehören zu den seltensten, meist erhalten sie nur 3 bis 5 Mk. festes Gehalt, um von diesem „Lohn“ die Verpflegungsbeträge decken zu können. Werden ein paar Mark mehr gezahlt, dann muß der Kellner für Weiseputzen, Zeitungen und Streichhölzer wieder soviel abgeben, daß ihm vom Rumm auch nichts bleibt.

Selbstverständlich würden wir es sehr begrüßen, wenn die Trinkgelber verschwinden würden. Sie sind für das große Publikum außerordentlich lästig, und die Menschen, welche von Trinkgeldern leben, auf die sie kein Recht haben, deren Einkommen von der Gnade und Ungnade eines jeden Gastes abhängig ist, werden fortdauernd, fortwährend zu schmerzlichen und schmerzlichen zu machen. Dadurch wird sich bei den meisten von ihnen eine ganz elende Bedientengestaltung ausbilden. Freilich, den Besitzenden ist es nicht unangenehm, wenn es viel solche Leute mit Bedientenmanieren und Bedientengestaltung gibt. Von denen haben sie ja nichts zu fürchten, denn diese sind für den Vermögenskampf der Arbeiterklasse verloren. Es ist ja bekannt, daß die Kellner für die gewerkschaftliche Organisation nur sehr schwer zu gewinnen sind.

Über eine Entlastung der Konsumenten wird die Abschaffung der Trinkgelber in keinem Falle bringen. Verschwinden die Trinkgelber, und müßten die Wirte ihre Kellner für ihre Arbeitsleistung ausreichend bezahlen, so würden die Preise von Speisen und Getränken entsprechend erhöht werden. Wenn die „Kreuzzeitung“ davon faßt, daß man die Bierpreissteigerung durch Abschaffung der Trinkgelber ausgleichen könnte, so ist das weiter nichts, als ein sehr plumper Versuch, den Konsumenten Sand in die Augen zu streuen.

### Die Vermögensbestände in der Arbeiterversicherung.

„Nach den Bestimmungen der Arbeiterversicherungsgesetze muß jeder der Versicherungsträger einen Reservefonds haben, welcher für den Fall außerordentlicher Zahlungsansprüche der Unterhaltungsleistungen zur Deckung der notwendigen Aufwendungen heranzuziehen ist. Infolge dieser vorgeschriebenen Ansammlung von Vermögensbeständen werden in der sozialen Versicherung ziemlich hohe Kapitalien aufgebracht. Am Schlusse des Jahres 1907 (neuere Angaben liegen noch nicht vor) hatten Gesamtvermögen:

|                                                                                                |                   |
|------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------|
| die auf Grund des Krankenversicherungsge-<br>setzes errichteten Krankenkassen                  | 244 957 396 Mk.   |
| die einzelstaatlichen Hilfskassen, welche nicht<br>als Krankenkassen gelten                    | 8 413 544 „       |
| die Versicherungsanstalten und Kassen-Ein-<br>richtungen in der Invalidenversicherung          | 1 404 067 649 „   |
| die Versicherungsanstalten und sonstigen<br>Versicherungsträger in der Unfallver-<br>sicherung | 291 900 033 „     |
| das ist ein Vermögen von                                                                       | 1 949 338 622 Mk. |

oder fast zwei Milliarden! In der Krankenversicherung kam 1907 auf ein Mitglied durchschnittlich 20,18 Mk. Vermögen. Am reichsten waren die Betriebskrankenkassen, bei denen auf ein Mitglied 32,97 Mark Vermögen entfiel; es folgten die einzelstaatlichen Hilfskassen mit 20,95 Mk., Ortskrankenkassen mit 18,22 Mk., Innungs-krankenkassen mit 17,53 Mk., Baukrankenkassen mit 11,31 Mk. und zuletzt die Gemeindekrankenversicherungen mit 1,79 Mark. Bei der Gesamtheit der Kassen stieg das Vermögen im Jahre 1907 gegenüber dem Jahre 1906 um 54 Bfg. pro Mitglied. Bei den Hilfskassen, welche dem § 75 des Krankenversicherungsgesetzes nicht entsprechen, also nicht als Krankenkassen gelten, entfiel auf das Mitglied durchschnittlich 21,20 Mk. Vermögen.

Am größten ist die Vermögensanhäufung in der Invalidenversicherung. Das hat seinen Grund darin, daß bei diesem Versicherungszweig — im Gegensatz zu den anderen Versicherungsarten — das „Kapitalbedarfsverfahren“ eingeführt ist. Dasselbe besteht darin, daß die Beiträge so hoch bemessen sind, daß die vorhandenen Mittel durch Ueberschüsse (Kapitalien) „gedeckt“ werden. Da die Zahl der Versicherten in der Invalidenversicherung im Jahre 1907 rund 14 115 000 betrug, ergibt sich, daß auf jeden Versicherten ein Vermögen von rund 100 Mark entfiel.

In der Unfallversicherung besteht das „Umlageverfahren“. Bei demselben werden die Unkosten, welche die Versicherungsanstalten in einem Jahre gehabt haben, im folgenden Jahre durch so hohe Beiträge aufgebracht, daß sie gedeckt werden. Trotzdem haben die Versicherungsanstalten noch einen Reservefonds nach den näheren Bestimmungen des § 34 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes anzuhäufeln. Bei der Gesamtheit der Versicherungsanstalten in der Unfallversicherung kommt auf einen Versicherten durchschnittlich ein Vermögen der Summe von 20 Mk. Auf einen Versicherten, der allen drei Zweigen der Arbeiterversicherung angehört, entfällt demnach ein Vermögen von circa 140 Mk. durchschnittlich.

Das Vermögen sämtlicher Versicherungsträger ist vorwiegend in Wertpapieren angelegt.

### Frankreich.

Das Kabinett Briand. Paris, 25. Juli. Präsident Fallières sprach gestern beim Empfang Briands und der anderen Mitglieder des neuen Kabinetts sein Vertrauen aus und versicherte die Mitglieder der Regierung seiner Unterstützung. Es gebe im Elisee keine Politik als die des Kabinetts. Im Laufe des

Nachmittags empfing Fallières Léon Bourgeois, der nochmals mündlich sein Bedauern ausdrückte, daß er aus Gesundheitsrücksichten den ehrenvollen Auftrag, das neue Kabinett zu bilden, habe ablehnen müssen. Später empfing Fallières auch den bisherigen Ministerpräsidenten Clemenceau, der heute nach Paris abreist. — In der nächsten Kammerkammerung am Dienstag wird die Regierung sofort nach Verlesung ihrer programmatischen Erklärung die Interpellation über die allgemeine Politik beantworten.

„Débats“ weisen darauf hin, daß das neue Kabinett das sozialistischste sei, das in Frankreich bisher am Ruder war. Trotzdem seien die Sozialisten nicht begeistert und die Radikalen entnützt. Das Blatt „Croix“ meint, das neue Kabinett sei eine Fortsetzung des Kabinetts Clemenceau, nur sei sein Führer weniger brutal und geschmeidig als der bisherige.

Paris, 26. Juli. Millerand, der neue Minister für Post, Telegraphen- und Telefonwesen, stellt in den Erklärungen, die er dem „Matin“ gegeben hat, wichtige Reformen des Telefonwesens in Aussicht, die ihn zweifellos beim Publikum populär machen werden. Hinsichtlich der Frage der Wiedereinstellung der anlässlich des letzten Streiks disziplinarisch bestraften Postbeamten erklärte er, in seinem Sinne sei es unmöglich, die Gerechtigkeit von dem Wohlwollen zu trennen. Dies dürfte in den Kreisen der Postbeamten sehr gut aufgenommen und als ein Versprechen im Sinne der Wiedereinstellung der meisten gemäß regierten Beamten nach einer gewissen Zeit gedeutet werden.

### Spanien.

Die Niederlage in Maroffa. Madrid, 25. Juli. Der Hauptangriff der Riffleute beim vorgestrigen schweren Treffen galt dem Militärarmagasin, das unweit der Stadt auf dem Wege zum Feldlager steht. Angeblich standen 16 000 Maroffaner im Felde. Einzelnen Abteilungen der Spanier ging die Munition aus, und sie mußten ihre Stellungen im Nahkampf mit dem Bajonett gegen den tollwütigen Feind verteidigen. Die Riffleute bemächtigten sich einer Kanone, welche die Spanier aber zurückbehalten. Die Einwohner von Melilla sind ununterbrochen mit Fahrzeugen unterwegs und helfen, die Verwundeten und Toten in die Stadt schaffen. Die Unglücksnachrichten rufen in Madrid eine Stimmung von Jörn und Schmerz hervor. Die einlaufenden Meldungen sind noch recht unklar und spärlich. Zur Stunde liegen noch keine Meldungen über die Beendigung des vorgestrigen Kampfes vor. Unter den Gefallenen befindet sich Oberstleutnant Banares Marin, der bedeutendste Militärschriftsteller Spaniens.

San Sebastian, 25. Juli. Bei dem vorgestrigen Gefecht bei Melilla wurden, wie jetzt amtlich mitgeteilt wird, auf spanischer Seite ein Oberst und sechs weitere Offiziere getötet, 13 verwundet. Zwei Offiziere sind vermisst. Man nimmt an, daß sie gefangen genommen wurden. Von den Mannschaften sind 200 verwundet. Die Zahl der toten Soldaten wird verschwiegen. Der Eindruck dieser Niederlage ist ungeheuer.

Madrid, 25. Juli. Ein Telegramm aus Melilla von Mitternacht besagt, daß drei Batterien ununterbrochen die maroffanischen Stellungen bombardieren, um die Zusammenziehung der Maroffaner zu verhindern.

Madrid, 25. Juli. Angesichts der gefährlichen Lage in Melilla beschloß die Regierung, die spanischen Streitkräfte auf 40 000 Mann zu verkleinern. Die Regierung wird alles aufwenden, um möglichst schnell Herr der Lage zu werden. Zu diesem Zwecke sollen alle Mannschaften und Gelber bewilligt werden, die eine Erledigung der Angelegenheit in zwei Monaten möglich machen. Wie es heißt, wird die vom Infanten Don Carlos befehligte Brigade nach Ceuta abgeordnet werden, da man dort Zwischenfälle befürchtet. Auch die Brigade von Malaga soll mobilisiert werden.

San Sebastian, 26. Juli. Die Verluste des vorgestrigen Kampfes sind bedeutender als amtlich angegeben wird. Bestimmte verlautet, daß 380 Gemeine verwundet und über 100 getötet worden sind. Die angegebenen Riffen über die Verluste an Offizieren dürften stimmen.

### Norwegen.

Die Antialkoholbewegung und internationale Handelspolitik. Ob von der Erhöhung der Bier- und Branntweinsteuer ein Nutzen für das Alkoholgenuß in Deutschland zu erwarten ist, wie die Wirte glauben, ist fraglich. Dagegen ist es richtig, daß infolge der Abstinenzbewegung, infolge der mannigfachen Verlehrungen über die Schädlichkeit des Alkoholgenußes auch in Deutschland bereits eine relative Abnahme der Bierkonsumen stattgefunden hat. Dieses Resultat wird wohl einst die Folge der Antialkoholbewegung in allen Ländern sein, während der Durchführung der völligen Abstinenz überall große Schwierigkeiten erwachsen.

In Norwegen ist bekanntlich die Abstinenzpartei sehr stark und hat einen großen Einfluß auf die Regierung und das Parlament. Bei den Wahlen im Jahre 1906 hatte das Programm der Abstinenzler einen Sieg infolge davongetragen, als sich 83 von den 123 neu gewählten Stortingabgeordneten verpflichteten, die Reformbewegung der Abstinenzpartei ganz oder teilweise zu unterstützen. Die Abstinenzler hatten aber ihre Rechnung ohne Rücksicht auf die internationalen Handelsbeziehungen gemacht! Das Ziel der Abstinenzler war das völlige Verbot der Alkoholproduktion und des Alkoholhandels, das natürlich in Stappen erreicht werden sollte. Durch hohe Abgaben auf Wein, Bier, Branntwein und durch Erhöhung resp. Umwälzung des Handels mit Alkohol glaubten die Abstinenzler neben der Aufklärung des Alkoholums zu einwirken zu können, daß sie bald zum völligen Verbot übergehen könnten. Nun hat aber Norwegen eine starke Ausfuhr nach dem Wein und Cognat produzierenden Ländern. Seine Ausfuhr nach Frankreich, Spanien, Portugal und Italien hatte im Jahre 1907 insgesamt einen Wert von 32 034 600 Kronen, während die Einfuhr aus den genannten Ländern sich nur auf 12 308 400 Kronen belief, worunter der Wein und Branntwein jedoch eine sehr große Rolle spielen. Die Ausfuhr Norwegens nach diesen Ländern besteht hauptsächlich aus Holz, Holzwaren und Fischprodukten. Dazu kommen, wie wir einem Artikel von Dr. Johann Schaffenberg (Christiania) in Nr. 6 der „Internationalen Monatschrift zur Förderung des Alkoholismus und Bekämpfung der Trunksucht“ entnehmen, noch folgende Erwägungen:

Norwegen hat eine sehr große öffentliche Schuld. Die Staatsschuld belief sich am 31. März 1908 auf 834 744 126 Kronen (143,64 Kronen auf den Einwohner); die Schuld der Gemeinden betrug im Jahre 1906 im ganzen 145 522 000 (62,70) Kronen. Nun hat Norwegen keine Anleihe in großem Umfange in Frankreich aufgenommen, weil das Geld dort in der letzten Zeit am billigsten gewesen ist. Bei einem Postleiste mit Frankreich, Spanien, Portugal und Italien, der infolge eines hohen Wein- und Branntweinpreises oder gar eines Verbotes des Alkoholhandels eintreten würde, hätte daher Norwegen einen großen Teil seines auswärtigen Handels verloren und der französische Geldmarkt wäre ihm verschlossen worden. Wie Schweden, so mußte deshalb nun auch Norwegen, auf Drängen Frankreichs, auf eine Herabsetzung des Weingolles und eine Bindung des Branntweinvolles einwilligen. Ohne einen hohen Zoll ist aber natürlich auch die Unterdrückung der einheimischen Alkoholproduktion unmöglich; einem Verbot oder auch nur einer wesentlichen Schränkung der Alkoholhandels widerstehen sich außerdem Frankreich und die anderen weinproduzierenden Länder. Norwegen kann daher, obwohl die Abstinenzler im Parlament die große Mehrheit haben und die Regierung auf ihrer Seite steht, keine gesetzliche Unterdrückung der Einfuhr von Alkoholhandels vornehmen, wenn es nicht seine materielle Existenz aufs Spiel setzen will, um so mehr, als es gegenwärtig zu großen Wiesenbauarbeiten dringend Geld braucht, das es durch Anleihen in Frankreich aufnehmen will.

Die abstinenzfeindliche Presse in Norwegen — und das sind fast alle großen Zeitungen — triumphiert über diese Niederlage der Abstinenzpolitik und prophezeit, daß damit die Lebensfrage der Abstinenzpolitik in Norwegen eingeläutet sei. Dr. Schaffenberg, ein hervorragender Anhänger der Abstinenzbewegung in Norwegen, gesteht selbst zu, daß sich die norwegischen Abstinenzler „vermutlich für längere Zeit auf die Agitation und die Auf-

klärungsarbeit beschränken“ und Abstinenz in allen Ländern wegen ein neuer und Macht des internationalen

### Aus der Stadt.

— Die proletarische 28. Juli, nachmittags 3 Preisparkette.

— Bielefelder Sommertheater wird uns geschrieben: Schluß. Dienstag wird größtem Erfolg aufgeführt. Drama in 4 Akten, aus „Die Grille“.

kfg. Die Ursachen schlechte Zähne, und nach letzten Zeit sehr viel gebietet eine Arbeit von der Speiseeigenschaften der die letzten selbst beruht nämlich im „Lancet“.

Menichen als Ursache für Mit Recht wird darauf dorn nicht zuviel Zuder durch ihre Wirkung der fermentwirkung bildet Masse, die nicht nur jell Speiereife festhält. Um gehindert und die saure gärenden Material verjo andere Nahrungsmittel an man der Zahnlärche, die trantheiten die ungunst so muß man nach Walle rinnen. Nach ihm ist e 9 Monaten Brot und denn sie schluden diese halten sie nicht lange ger stande, sie gründlich zu nötig ist. Wenn die re muß man dem Kinde ger Anbebad mit Butter, der Mit dem Vorhänge, na Fisches und Geflügels zu ärzte einverstanden sein, von 2½ Jahren die ge geniehe kann. Was Er sie während des Essens frisches Obst essen, namer ordentlich reinigen. M schlechte Zähne als Fle auch die Forderung von Karies befallen sind, die vielen Eltern, namentlich gar nicht beachtet wird. besser, sowohl die befallen stehenden des anderen M Mahlszeiten und die bei Speisen geßt Wallace eben große Abweichung von der früzezeitige Sorgfalt für

Freiheitsregler in den finden und daher zugum Kinder überhaupt von a

Be

Meisb. Solzgarbe 64 Uhr, in der „A. Senke-Bremen

Christi

Sartum, 24. Juli. daran, um die Kritik schmachvollen Verrat der Vereinigung bei der Tal glicher zu treten, das was die Vorstandsmitglieder haben. Hier in Sartum Hille, Südemmern, No

haben und Unterläube wählte die Schuld für die die Abstinenz im Reich jeder Abgeordnete selbst arbeiterverband habe d Petition gestellt. Die an hören lassen. Er schloß r einig Volk von Brüdern, fabr.“ To i e n d e r Weis

Röds bleibt ganz der meßt, daß der Tabakarbe tag den Antrag betrefß und daß die Petition der vertreten werden müßte.

In der Diskussion m Giesberts scharf angegriffen stimmt ab. Diese Angr nichts geistdet, er hat da christlichen Gewerkschafts Resolution fand Annahme

„Die heute in Sartum mernerkung der Ortsgr Rufenaußen, Holzbaufen läube, welche stark beugt aus, daß sich im Reich die der ungunstigen und un hat. Anzobendore ist di daß der Abg. Giesberts d vollen Bewußtsein ihrer chet hieie Stellu beiterführers u n w

ammlung dem Zentralvo aus für die entschiedene u Abwehrkampfe getätigt ha Vorstand auch in Sartum Da nun der Zentralvorl lann, wenn aus die Mit geloben die Anweisungen, a wie vor tren und fest zur Ausbreitung tatkräftig s

sammlung von dieser Ziel an die Anorganisierten, flicher Tabak- und Zigarr eingebeut der Devise: Ein

Man sieht, die „Christi Durch solche Phrasen all werden. Desehe Romo Spradow, St. Luernend

Verband das Vertrauen a versichert hat, ist gewi band trägt Schuld, daß da hat. Dadurch, daß die, fernstieben, konnte das

der Christliche Verband Deutschlands in Berlin a dort die Neben gehalten, b seine Wirkung nicht verich Verband den Vorwurf, daß bat, einfließen. Daran an

„Kriegsarbeit beschränken müssen“. Für die Vorkämpfer der Abstinenz in allen Ländern aber, meint er, sei das Unglück Norwegens ein neuer und lehrreicher Beweis für die unheimliche Macht des internationalen Alkohols.

## Aus der Stadt und Nachbarschaft.

\* Vielefeld, 26. Juli.

Die proletarische Jugend trifft sich am Mittwoch, 28. Juli, nachmittags 3 Uhr, zu gemeinsamem Auszug an der Freisparke.

Vielefelder Sommertheater. Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Heute (Montag) bleibt das Theater geschlossen. Dienstag wird die am vergangenen Freitag mit größtem Erfolge aufgeführte Komödie „Ausgewiesene“, soziales Drama in 4 Akten, zum ersten Male wiederholt. Mittwoch: „Die Grille“.

Kfz. Die Ursachen und Verhütung schlechter Bäume. Ueber schlechte Bäume, und namentlich über die Bäume, die in der letzten Zeit sehr viel geschrieben worden. Eine gute Uebersicht bietet eine Arbeit von Dr. Wallace, der zunächst die fehlerhafte Beschaffenheit der Bäume ins Auge faßt, durch die den Speifen Gelegenheit gegeben wird, sich festzusetzen, dann aber die letzten selbst berichtigt. In der Hauptsache schuldigt er nämlich im „Ranzei“ eine ungewöhnliche Lebensweise der Menschen als Ursache für die Häufigkeit der schlechten Bäume an. Mit Recht wird darauf aufmerksam gemacht, daß man den Kindern nicht zuviel Zucker geben soll, denn dieser ist es, in Verbindung mit Stärke, der zwischen den Bäumen hängen bleibt und durch ihre Fäulnis die Bakterienfrucht erzeugt. Infolge einer fermentartigen Bildung bildet sich aus ersterem eine gummiartige Masse, die nicht nur selbst an den Bäumen haften, sondern auch Speisereste festhält. Durch den Zucker wird die Speichelflüssigkeit gehindert und die säurebildenden Bakterien mit einem leicht gärenden Material versorgt. In ähnlicher Weise muß man auch andere Nahrungsmittel aufpassen, namentlich die Stärke. Wenn man der Bakterien, die später in Bezug auf Magen- und Darmkrankheiten die ungünstigsten Folgen haben kann, vorbeugen will, so muß man nach Wallace damit schon in der Säuglingszeit beginnen. Nach ihm ist es ganz fehlerhaft, kleinen Kindern von 9 Monaten Brot und Weizen in der Milch aufzuweichen, denn sie schlucken diese weichen Sachen ungelaut herunter, behalten sie nicht lange genug im Munde und sind daher nicht instand, sie gründlich zu kauen und einzuspeicheln, was unbedingt nötig ist. Wenn die reine Milchmahlzeit aufgegeben wird, so muß man dem Kinde gequelltes Brot mit Butter geben oder auch Zwieback mit Butter, denn diese Speisen müssen gekaut werden. Mit dem Vorwärt, nach 2 Monaten kleine Mengen gekochten Reis und Geflügels zu verabreichen, werden nicht alle Kinder-ärzte einverstanden sein, ebenso wenig, daß das Kind im Alter von 2½ Jahren die gewöhnliche Nahrung eines Erwachsenen genießen kann. Was Erwachsene überhaupt anbetrifft, so sollten sie während des Essens nicht trinken und nach jeder Mahlzeit frisches Obst essen, namentlich Äpfel, weil diese die Zähne außerordentlich reinigen. Wertvoll ist, daß Vegetarier meist schlechtere Bäume als Fleischesser haben. Sehr beachtenswert ist auch die Forderung von Wallace, daß, wenn Milchzähne von Karies befallen sind, diese plombiert werden müssen, was von vielen Eltern, namentlich der unteren Volksschichten, wenig oder gar nicht beachtet wird. Ist schon die Pulpa ergriffen, so ist es besser, sowohl die befallenen Zähne, als auch die ihnen gegenüberstehenden des anderen Kiefers auszusieben. Auf die einzelnen Krankheiten und die bei ihnen zur Verwendung kommenden Speisen geht Wallace ebenfalls noch ein, ohne daß sich dabei eine große Abweichung von dem Gesagten zeigt. Jedenfalls trägt die frühzeitige Sorgfalt für die Zähne den Nutzen, daß allerlei Krankheitsserger in der Mundhöhle keinen Nährboden mehr finden und daher zugrunde gehen, was für die Gesundheit der Kinder überhaupt von außerordentlichem Vorteil ist.

### Versammlungen.

Meisels. Sozialarbeiterverband. Dienstag, abends 6¼ Uhr, in der „Centralhalle“: Vortrag des Redakteurs A. Henle-Bremen über „Philosophie und Sozialismus“.

### Christliche Leibesmerzen!

Hartum, 24. Juli. Die Christen arbeiten mit aller Kraft daran, um die Krisis zu überwinden, in die sie durch den schmalkaldischen Verrat des Zentrums und der Wirtschaftlichen Vereinigung bei der Tabaksteuer geraten sind. Vor die Mitglieder zu treten, das wagte man im ersten Ansturm nicht. Nur die Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner wurden eingeladen. Hier in Hartum waren die Vorstände von Hartum, Hille, Südherrmann, Rothemann, Holzhausen II, Mettelstedt, Hübner und Unterlücke zusammenberufen. Als Referent wählte die Schuld für die Tabaksteuer auf die Tabakfabrikanten. Für die Abkündigung im Reichstage sei nicht der Verband, sondern jeder Abgeordnete selbst verantwortlich. Der Christliche Tabakarbeiterverband habe den Unterlassungsantrag durch eine Petition gestellt. Die anderen Verbände hätten nichts von sich hören lassen. Er schloß mit dem Spruch: „Wir wollen kein einig Volk von Brüdern, uns trennen in keiner Not und Gefahr.“

Als Referent wählte die Schuld für die Tabaksteuer auf die Tabakfabrikanten. Für die Abkündigung im Reichstage sei nicht der Verband, sondern jeder Abgeordnete selbst verantwortlich. Der Christliche Tabakarbeiterverband habe den Unterlassungsantrag durch eine Petition gestellt. Die anderen Verbände hätten nichts von sich hören lassen. Er schloß mit dem Spruch: „Wir wollen kein einig Volk von Brüdern, uns trennen in keiner Not und Gefahr.“

Als Referent wählte die Schuld für die Tabaksteuer auf die Tabakfabrikanten. Für die Abkündigung im Reichstage sei nicht der Verband, sondern jeder Abgeordnete selbst verantwortlich. Der Christliche Tabakarbeiterverband habe den Unterlassungsantrag durch eine Petition gestellt. Die anderen Verbände hätten nichts von sich hören lassen. Er schloß mit dem Spruch: „Wir wollen kein einig Volk von Brüdern, uns trennen in keiner Not und Gefahr.“

Als Referent wählte die Schuld für die Tabaksteuer auf die Tabakfabrikanten. Für die Abkündigung im Reichstage sei nicht der Verband, sondern jeder Abgeordnete selbst verantwortlich. Der Christliche Tabakarbeiterverband habe den Unterlassungsantrag durch eine Petition gestellt. Die anderen Verbände hätten nichts von sich hören lassen. Er schloß mit dem Spruch: „Wir wollen kein einig Volk von Brüdern, uns trennen in keiner Not und Gefahr.“

Als Referent wählte die Schuld für die Tabaksteuer auf die Tabakfabrikanten. Für die Abkündigung im Reichstage sei nicht der Verband, sondern jeder Abgeordnete selbst verantwortlich. Der Christliche Tabakarbeiterverband habe den Unterlassungsantrag durch eine Petition gestellt. Die anderen Verbände hätten nichts von sich hören lassen. Er schloß mit dem Spruch: „Wir wollen kein einig Volk von Brüdern, uns trennen in keiner Not und Gefahr.“

Als Referent wählte die Schuld für die Tabaksteuer auf die Tabakfabrikanten. Für die Abkündigung im Reichstage sei nicht der Verband, sondern jeder Abgeordnete selbst verantwortlich. Der Christliche Tabakarbeiterverband habe den Unterlassungsantrag durch eine Petition gestellt. Die anderen Verbände hätten nichts von sich hören lassen. Er schloß mit dem Spruch: „Wir wollen kein einig Volk von Brüdern, uns trennen in keiner Not und Gefahr.“

Als Referent wählte die Schuld für die Tabaksteuer auf die Tabakfabrikanten. Für die Abkündigung im Reichstage sei nicht der Verband, sondern jeder Abgeordnete selbst verantwortlich. Der Christliche Tabakarbeiterverband habe den Unterlassungsantrag durch eine Petition gestellt. Die anderen Verbände hätten nichts von sich hören lassen. Er schloß mit dem Spruch: „Wir wollen kein einig Volk von Brüdern, uns trennen in keiner Not und Gefahr.“

Als Referent wählte die Schuld für die Tabaksteuer auf die Tabakfabrikanten. Für die Abkündigung im Reichstage sei nicht der Verband, sondern jeder Abgeordnete selbst verantwortlich. Der Christliche Tabakarbeiterverband habe den Unterlassungsantrag durch eine Petition gestellt. Die anderen Verbände hätten nichts von sich hören lassen. Er schloß mit dem Spruch: „Wir wollen kein einig Volk von Brüdern, uns trennen in keiner Not und Gefahr.“

Als Referent wählte die Schuld für die Tabaksteuer auf die Tabakfabrikanten. Für die Abkündigung im Reichstage sei nicht der Verband, sondern jeder Abgeordnete selbst verantwortlich. Der Christliche Tabakarbeiterverband habe den Unterlassungsantrag durch eine Petition gestellt. Die anderen Verbände hätten nichts von sich hören lassen. Er schloß mit dem Spruch: „Wir wollen kein einig Volk von Brüdern, uns trennen in keiner Not und Gefahr.“

Als Referent wählte die Schuld für die Tabaksteuer auf die Tabakfabrikanten. Für die Abkündigung im Reichstage sei nicht der Verband, sondern jeder Abgeordnete selbst verantwortlich. Der Christliche Tabakarbeiterverband habe den Unterlassungsantrag durch eine Petition gestellt. Die anderen Verbände hätten nichts von sich hören lassen. Er schloß mit dem Spruch: „Wir wollen kein einig Volk von Brüdern, uns trennen in keiner Not und Gefahr.“

Als Referent wählte die Schuld für die Tabaksteuer auf die Tabakfabrikanten. Für die Abkündigung im Reichstage sei nicht der Verband, sondern jeder Abgeordnete selbst verantwortlich. Der Christliche Tabakarbeiterverband habe den Unterlassungsantrag durch eine Petition gestellt. Die anderen Verbände hätten nichts von sich hören lassen. Er schloß mit dem Spruch: „Wir wollen kein einig Volk von Brüdern, uns trennen in keiner Not und Gefahr.“

Als Referent wählte die Schuld für die Tabaksteuer auf die Tabakfabrikanten. Für die Abkündigung im Reichstage sei nicht der Verband, sondern jeder Abgeordnete selbst verantwortlich. Der Christliche Tabakarbeiterverband habe den Unterlassungsantrag durch eine Petition gestellt. Die anderen Verbände hätten nichts von sich hören lassen. Er schloß mit dem Spruch: „Wir wollen kein einig Volk von Brüdern, uns trennen in keiner Not und Gefahr.“

Als Referent wählte die Schuld für die Tabaksteuer auf die Tabakfabrikanten. Für die Abkündigung im Reichstage sei nicht der Verband, sondern jeder Abgeordnete selbst verantwortlich. Der Christliche Tabakarbeiterverband habe den Unterlassungsantrag durch eine Petition gestellt. Die anderen Verbände hätten nichts von sich hören lassen. Er schloß mit dem Spruch: „Wir wollen kein einig Volk von Brüdern, uns trennen in keiner Not und Gefahr.“

Als Referent wählte die Schuld für die Tabaksteuer auf die Tabakfabrikanten. Für die Abkündigung im Reichstage sei nicht der Verband, sondern jeder Abgeordnete selbst verantwortlich. Der Christliche Tabakarbeiterverband habe den Unterlassungsantrag durch eine Petition gestellt. Die anderen Verbände hätten nichts von sich hören lassen. Er schloß mit dem Spruch: „Wir wollen kein einig Volk von Brüdern, uns trennen in keiner Not und Gefahr.“

Als Referent wählte die Schuld für die Tabaksteuer auf die Tabakfabrikanten. Für die Abkündigung im Reichstage sei nicht der Verband, sondern jeder Abgeordnete selbst verantwortlich. Der Christliche Tabakarbeiterverband habe den Unterlassungsantrag durch eine Petition gestellt. Die anderen Verbände hätten nichts von sich hören lassen. Er schloß mit dem Spruch: „Wir wollen kein einig Volk von Brüdern, uns trennen in keiner Not und Gefahr.“

Als Referent wählte die Schuld für die Tabaksteuer auf die Tabakfabrikanten. Für die Abkündigung im Reichstage sei nicht der Verband, sondern jeder Abgeordnete selbst verantwortlich. Der Christliche Tabakarbeiterverband habe den Unterlassungsantrag durch eine Petition gestellt. Die anderen Verbände hätten nichts von sich hören lassen. Er schloß mit dem Spruch: „Wir wollen kein einig Volk von Brüdern, uns trennen in keiner Not und Gefahr.“

Als Referent wählte die Schuld für die Tabaksteuer auf die Tabakfabrikanten. Für die Abkündigung im Reichstage sei nicht der Verband, sondern jeder Abgeordnete selbst verantwortlich. Der Christliche Tabakarbeiterverband habe den Unterlassungsantrag durch eine Petition gestellt. Die anderen Verbände hätten nichts von sich hören lassen. Er schloß mit dem Spruch: „Wir wollen kein einig Volk von Brüdern, uns trennen in keiner Not und Gefahr.“

Als Referent wählte die Schuld für die Tabaksteuer auf die Tabakfabrikanten. Für die Abkündigung im Reichstage sei nicht der Verband, sondern jeder Abgeordnete selbst verantwortlich. Der Christliche Tabakarbeiterverband habe den Unterlassungsantrag durch eine Petition gestellt. Die anderen Verbände hätten nichts von sich hören lassen. Er schloß mit dem Spruch: „Wir wollen kein einig Volk von Brüdern, uns trennen in keiner Not und Gefahr.“

Als Referent wählte die Schuld für die Tabaksteuer auf die Tabakfabrikanten. Für die Abkündigung im Reichstage sei nicht der Verband, sondern jeder Abgeordnete selbst verantwortlich. Der Christliche Tabakarbeiterverband habe den Unterlassungsantrag durch eine Petition gestellt. Die anderen Verbände hätten nichts von sich hören lassen. Er schloß mit dem Spruch: „Wir wollen kein einig Volk von Brüdern, uns trennen in keiner Not und Gefahr.“

Als Referent wählte die Schuld für die Tabaksteuer auf die Tabakfabrikanten. Für die Abkündigung im Reichstage sei nicht der Verband, sondern jeder Abgeordnete selbst verantwortlich. Der Christliche Tabakarbeiterverband habe den Unterlassungsantrag durch eine Petition gestellt. Die anderen Verbände hätten nichts von sich hören lassen. Er schloß mit dem Spruch: „Wir wollen kein einig Volk von Brüdern, uns trennen in keiner Not und Gefahr.“

Als Referent wählte die Schuld für die Tabaksteuer auf die Tabakfabrikanten. Für die Abkündigung im Reichstage sei nicht der Verband, sondern jeder Abgeordnete selbst verantwortlich. Der Christliche Tabakarbeiterverband habe den Unterlassungsantrag durch eine Petition gestellt. Die anderen Verbände hätten nichts von sich hören lassen. Er schloß mit dem Spruch: „Wir wollen kein einig Volk von Brüdern, uns trennen in keiner Not und Gefahr.“

Als Referent wählte die Schuld für die Tabaksteuer auf die Tabakfabrikanten. Für die Abkündigung im Reichstage sei nicht der Verband, sondern jeder Abgeordnete selbst verantwortlich. Der Christliche Tabakarbeiterverband habe den Unterlassungsantrag durch eine Petition gestellt. Die anderen Verbände hätten nichts von sich hören lassen. Er schloß mit dem Spruch: „Wir wollen kein einig Volk von Brüdern, uns trennen in keiner Not und Gefahr.“

Als Referent wählte die Schuld für die Tabaksteuer auf die Tabakfabrikanten. Für die Abkündigung im Reichstage sei nicht der Verband, sondern jeder Abgeordnete selbst verantwortlich. Der Christliche Tabakarbeiterverband habe den Unterlassungsantrag durch eine Petition gestellt. Die anderen Verbände hätten nichts von sich hören lassen. Er schloß mit dem Spruch: „Wir wollen kein einig Volk von Brüdern, uns trennen in keiner Not und Gefahr.“

Als Referent wählte die Schuld für die Tabaksteuer auf die Tabakfabrikanten. Für die Abkündigung im Reichstage sei nicht der Verband, sondern jeder Abgeordnete selbst verantwortlich. Der Christliche Tabakarbeiterverband habe den Unterlassungsantrag durch eine Petition gestellt. Die anderen Verbände hätten nichts von sich hören lassen. Er schloß mit dem Spruch: „Wir wollen kein einig Volk von Brüdern, uns trennen in keiner Not und Gefahr.“

Als Referent wählte die Schuld für die Tabaksteuer auf die Tabakfabrikanten. Für die Abkündigung im Reichstage sei nicht der Verband, sondern jeder Abgeordnete selbst verantwortlich. Der Christliche Tabakarbeiterverband habe den Unterlassungsantrag durch eine Petition gestellt. Die anderen Verbände hätten nichts von sich hören lassen. Er schloß mit dem Spruch: „Wir wollen kein einig Volk von Brüdern, uns trennen in keiner Not und Gefahr.“

Als Referent wählte die Schuld für die Tabaksteuer auf die Tabakfabrikanten. Für die Abkündigung im Reichstage sei nicht der Verband, sondern jeder Abgeordnete selbst verantwortlich. Der Christliche Tabakarbeiterverband habe den Unterlassungsantrag durch eine Petition gestellt. Die anderen Verbände hätten nichts von sich hören lassen. Er schloß mit dem Spruch: „Wir wollen kein einig Volk von Brüdern, uns trennen in keiner Not und Gefahr.“

Als Referent wählte die Schuld für die Tabaksteuer auf die Tabakfabrikanten. Für die Abkündigung im Reichstage sei nicht der Verband, sondern jeder Abgeordnete selbst verantwortlich. Der Christliche Tabakarbeiterverband habe den Unterlassungsantrag durch eine Petition gestellt. Die anderen Verbände hätten nichts von sich hören lassen. Er schloß mit dem Spruch: „Wir wollen kein einig Volk von Brüdern, uns trennen in keiner Not und Gefahr.“

Als Referent wählte die Schuld für die Tabaksteuer auf die Tabakfabrikanten. Für die Abkündigung im Reichstage sei nicht der Verband, sondern jeder Abgeordnete selbst verantwortlich. Der Christliche Tabakarbeiterverband habe den Unterlassungsantrag durch eine Petition gestellt. Die anderen Verbände hätten nichts von sich hören lassen. Er schloß mit dem Spruch: „Wir wollen kein einig Volk von Brüdern, uns trennen in keiner Not und Gefahr.“

Als Referent wählte die Schuld für die Tabaksteuer auf die Tabakfabrikanten. Für die Abkündigung im Reichstage sei nicht der Verband, sondern jeder Abgeordnete selbst verantwortlich. Der Christliche Tabakarbeiterverband habe den Unterlassungsantrag durch eine Petition gestellt. Die anderen Verbände hätten nichts von sich hören lassen. Er schloß mit dem Spruch: „Wir wollen kein einig Volk von Brüdern, uns trennen in keiner Not und Gefahr.“

Als Referent wählte die Schuld für die Tabaksteuer auf die Tabakfabrikanten. Für die Abkündigung im Reichstage sei nicht der Verband, sondern jeder Abgeordnete selbst verantwortlich. Der Christliche Tabakarbeiterverband habe den Unterlassungsantrag durch eine Petition gestellt. Die anderen Verbände hätten nichts von sich hören lassen. Er schloß mit dem Spruch: „Wir wollen kein einig Volk von Brüdern, uns trennen in keiner Not und Gefahr.“

Die Unorganisierten aber werden gut tun, sich durch den Einengung der Christlichen nicht anlocken zu lassen, umso mehr, da die meisten „Christlichen“ sehr tief bedauern, daß sie im Christlichen Verbande sind. Verschiedene haben demselben bereits den Rücken gekehrt und sind zum Deutschen Tabakarbeiterverband übergetreten.

## Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Minden-Lübbecke.

Auf der Generalversammlung waren 13 Orte durch 30 Delegierte vertreten. Es hatten sich: Minden 8 und 1 Weib., Lübbecke 2, Rehme 4, Hausberge 2, Barthhausen 2, Dören 2, Bohlhorst 1, Niederbedden 1, Eidinghausen 1, Herten 1, Totenhausen 1, Rutenhausen 1, Stemmer 1, Herten 1, Dahlen 2. Der Kreisvorstand war vollständig vertreten. Außerdem waren anwesend Bezirksleiter Genosse Klingenhagen, von der „Vollmacht“ die Genossen Siggelow und Schädlich, dann noch der Genosse Huse-Vielefeld.

Der Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr gab Genosse Lühmer. Die Organisation habe trotz der Krisis kleine Fortschritte gemacht. Die Mitgliederzahl hat sich von 624 auf 680 erhöht. Von den 128 Orten des Kreises stehen nur in acht Orten uns lokale zur Verfügung. Dadurch sei die Agitation durch Versammlungen auf ein Minimum beschränkt. Bei den geringen vorhandenen Mitteln konnte auch für die schriftliche Agitation wenig ausgegeben werden. Die reisierenden Beiträge dürften nicht die Höhe erreichen, die sie erreicht haben. Da müsse die Einführung des Hauszettelersystems Vorrang vor der schriftlichen Agitation erhalten. Die reisierenden Beiträge dürften nicht die Höhe erreichen, die sie erreicht haben. Da müsse die Einführung des Hauszettelersystems Vorrang vor der schriftlichen Agitation erhalten. Die reisierenden Beiträge dürften nicht die Höhe erreichen, die sie erreicht haben. Da müsse die Einführung des Hauszettelersystems Vorrang vor der schriftlichen Agitation erhalten.

In der Debatte kommt allgemein zum Ausdruck, daß die Organisation ausgebaut und die Agitation lebhafter betrieben werden müsse. Es wird folgender Antrag angenommen:

Die Generalversammlung beauftragt den Kreisvorstand, die sofortige Errichtung von Ortsgruppen vorzunehmen. Zur Schaffung von Agitationsbezirken und Einführung des Hauszettelersystems sollen die einzelnen Ortsgruppen Versammlungen abhalten.

Als Reichstagskandidat wird wieder der Genosse Lühmer nominiert.

Zum deutschen Parteitag werden folgende Anträge gestellt:

Zum Organisationsstatut: § 5 des neuen Entwurfs soll in der Fassung des § 6 des jetzigen Statuts bestehen bleiben.

Zur Parteiführer: Der Internationale Kongress möge beschließen, die Parteiführer am 1. Mai nicht als Forderung aufzustellen, sondern die Forderung der Parteiführer zu verlegen.

Als Delegierter wird Genosse Lühmer mit 21 Stimmen, Genosse Struß mit 16 Stimmen als Stellvertreter gewählt.

Von einer Besichtigung des preussischen Parteitages wird Abstand genommen.

In den Vorarbeiten werden die alten Mitglieder, bis auf ein neues, alle wiedergewählt. Die nächste Generalversammlung findet in Minden statt.

Eine anregende Debatte entspannt sich noch darüber, wie in Zukunft die schriftliche Agitation betrieben werden soll. Dabei wird auch über die Agitation für die Presse debattiert, die recht viel zu wünschen übrig läßt. Die rege Debatte läßt hoffen, daß in Zukunft die Genossen eifriger sich an der Agitation betätigen. Die Generalversammlung wurde 1/27 Uhr geschlossen.

Gellershausen, 26. Juli. Von der Kleinbahn angefahren. Durch einen Zug der Kleinbahn wurde gestern beim Wiltmannsberg der 24jährige Sohn des Arbeiters Brantenstiel hienieden angefahren. Das Kind war vor der Wohnung seiner Eltern in dem neben dem Geleise verlaufenden Graben mit Blumenpflanzen beschäftigt, als der Zug heranbrauste. Es wollte sich in Sicherheit bringen, doch war es dazu bereits zu spät.

Von dem Tritt der Lokomotive erhielt der Kleine einen schweren Schlag gegen den Kopf. Ob neben den entsetzten äußeren Verletzungen auch innere Teile des Kopfes Schaden genommen haben, konnte der hinzugerufene Arzt noch nicht feststellen.

Gilsenhausen, 25. Juli. Tarifabschluß. Die Firma Fritz Schmidt in Gilsenhausen schloß einen Tarif auf Grund des Landesminimallöhnes mit dem Deutschen Tabakarbeiterverband ab. Die Firma beschäftigt in Gilsenhausen 18 Personen, welche im Deutschen Tabakarbeiterverband organisiert sind. Durch den Tarifabschluß gehört die Firma Fritz Schmidt zu denjenigen Firmen, welche vom Verband empfohlen werden. Die Firma genießt wegen ihrer Fabrikate einen guten Ruf. Im christlichen Gilsenhausen gedreht also auch vorwärts.

Speng, 25. Juli. Von der Gauleitung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes ist der Tabakarbeiter-Produktions-Genossenschaft Speng ein Tarif eingereicht worden. Die Spenger Genossenschaft hat nun Gelegenheit zu zeigen, ob sie ein auf dem Boden der modernen Genossenschaftsbewegung stehendes Unternehmen ist. Nach Abschluß des Tarifs werden wir denselben bekanntgeben.

Delmold, 25. Juli. Der in der Nacht vom Montag zum Dienstag in dem Treppenhause seiner Wohnung abgestürzte Rechtsanwalt W. Schults ist heute vormittag den bei dem Sturze erhaltenen Verletzungen erlegen. Der Tod ist durch die inneren Verletzungen, die sich der Verunglückte außer den Gliederbrüchen und Kopfverletzungen zugezogen hatte, erfolgt.

Seest, 25. Juli. Tarifabschluß. Die Firma Hubert Schmidt schloß mit dem Deutschen Tabakarbeiterverband einen Tarif auf Grund des Landesminimallöhnes von 8,50 Mark bei freier Zuriichtung und 9½stündiger Arbeitszeit.

### Vermischtes.

Ein neunjähriger Knabe als Mörder. Steele (Rheinland), 25. Juli. Hier hat der neunjährige Knabe Joseph Fern im Streite seinen vierjährigen Stiefbruder mit einem Messer erschossen. Der jugendliche Mörder scheint geistig nicht normal zu sein.

Die betrogene Stadt. In Magdeburg wurde der Magistratsbeamte und vereidigte Wiegler der Ratswage am städtischen Rathaus, J. Schmidt, wegen fortgesetzter Betrügereien verhaftet. Gleichzeitig mit ihm wurde der Stredemwärtter und Verwäger Müller von der bekannten Kohlenfirma W. Engel in Haft genommen. Schon seit einer Reihe von Jahren waren das Anschreiben der Rechnungen für Kohlenlieferungen an die Stadt und die ewigen Nachbesserungen für den gleichen Zweck Gegenstand von Auseinandersetzungen im Rat- und Schulsaal. Vergeblich suchte man, eine rationellere Verwendung der Kohlen herbeizuführen; auch die vor einigen Jahren erfolgte Anstellung eines besonderen Rechnungseingekauers nützte nichts. Ein Vorschlag von sozialdemokratischer Seite, die Kohlen der Stadt direkt von den Gruben zu beziehen, fand keine Gegenliebe, angeblich, weil dadurch die Kohlen noch teurer zu stehen kommen würden. Endlich kam man dahinter, daß der vereidigte Wiegler der Stadt das Gewicht der angelieferten Kohlen immer zu hoch angegeben hat. Die Stadt mußte infolgedessen der Firma Engel mehr Kohlen bezahlen, als sie geliefert bekam. Der Inhaber der Firma hat bereits erklärt, daß der verhaftete Schmidt von ihm keine Anmerkungen als Entgelt für das betrügerische Wiegeln erhalten habe. Danach muß man annehmen, daß Schmidt lediglich mit Müller unter einer Decke gesteckt und sich mit ihm den Nachschuß geteilt hat. Die von Schmidt geführten Bücher wurden beschlagnahmt, ebenso wie seine „Rechnungshefte“, die sich auf 40.000 Mark belaufen. Schmidt wollte sich in nächster Zeit pensionieren lassen.

lassen. Die falschen Eintragungen, behauptet er, seien auf Veranlassung der Kohlenhändler gemacht worden.

Gegenwärtig werden die während der letzten Ferienzeit an die Schüler gelieferten Kohlen wieder aus den Kellern hervorgeholt und nachgewogen.

Feuersbrünste. Breslau, 23. Juli. In Konau bei Pleß brach gestern ein Feuer aus, das in kurzer Zeit zwölf Gebäude einäscherte. Sämtliche Besitzer sind nur niedrig, für Mobiliar garnicht, versichert. Bei den Feuersbrünsten erlitt der Schornsteinfegermeister Karich schwere Brandwunden am ganzen Körper. Das Feuer soll durch Kinder, die mit Streichhölzern spielten, entstanden sein.

Feit, 23. Juli. In dem Dorfe Litzara brach ein Feuer aus, welches infolge von Wassermangel 80 Häuser einäscherte. Drei Kinder kamen in den Flammen um. Über 100 Familien sind obdachlos.

Schlagerei zwischen Vergleuten. Bentsen, 23. Juli. Hier fand eine furchtbare Schlagerei zwischen Vergleuten im Wald statt, wobei das Opfer die Hauptrolle spielte. Einer ist tot; und viele schwer verwundet. Alle übrigen wurden verhaftet.

Ermordet aufgefunden. Posen, 25. Juli. In einem Walde bei Adelnau wurde ein 16jähriger Bursche ermordet und der Mörder und Verursacher der Verbrechen aufgefunden. Der Täter ist unbekannt.

Heftige Erdstöße. Graz, 25. Juli. Gestern um 5 Uhr früh wurden in Raibl (Kärnten) zwei heftige Erdstöße wahrgenommen.

Börsenkrise. Drontheim, 25. Juli. Ein russischer Dampfer, der gestern in Bardoe eingetroffen ist, berichtet, daß in Archangel vor einigen Tagen vom Böbel enorme Teervorräte in Brand gesteckt worden seien. Mehrere hunderttausend Tonnen Teer seien durch das Feuer vernichtet worden. Ferner war der Böbel 40.000 Tonnen Terpentin in die See. Man befürchtet im Falle einer Windänderung das Schlimmste für die Stadt.

Revolte. Budapest, 25. Juli. In Sarajewo kam es zu einer Revolte, da auf Betreiben des dortigen Guberners, des Baron von Waldh, der katholische Pfarrer suspendiert worden war und die Pfarre verlassen sollte. Die Revolte konnte erst nach Eintreffen von zwei Kompanien Infanterie unterdrückt werden.

Erfolgreicher Flug. Vichy, 25. Juli. Der Luftschiffer Bauhan machte gestern einen erfolgreichen Flug von 30 Min. 25 Sek. Dauer in einer Höhe von 40 Metern.

Die Kialtostraße vom Einsturz bedroht. Venedig, 25. Juli. Es besteht die Gefahr, daß die Kialtostraße ernstlich bedroht ist. Der Bogen nach der Seite des Palazzo Camerlengo weist bereits äußerst bedenkliche Sprünge auf. Die auf der Straße etablierten Geschäfte dürften demnach bald dem Einsturz anheimfallen.

Vom Schlachtfeld der Arbeit. Bizerta, 25. Juli. Beim Sprengen eines Felsens wurden durch vorzeitige Explosion einer Dynamitpatrone von vier Arbeitern zwei getötet, ein dritter tödlich und der vierte leicht verletzt.

Ein Fischerboot gesunken. Tersch, 25. Juli. In der Nähe des Leuchturms Sorbiere ist ein französisches Fischerboot gesunken. Die Zahl der Opfer ist noch nicht bekannt.

Gefährlich gerettet. Paris, 25. Juli. An Bord des Dampfers „Chile“, der aus Südamerika in französischen Gewässern eintraf, befindet sich der Leutnant Solere, welcher im Oktober in Mauretanien mit 40 senegalesischen Schützen von Mauren überfallen und umzingelt wurde. Der Kolonne ging das Wasser aus und die Leute mußten mehrere Tage dursten. Dabei kam der größte Teil der Leute um, und nur 10 Mann gelang es, den Hohen Meer zu erreichen.

Der Kanal überflutet. Calais, 25. Juli. Der französische Luftschiffer Blériot unternahm heute früh 4 Uhr 35 Min. bei günstiger Witterung seinen angekündigten Flug über den Vermeerskanal, begleitet von dem Torpedobootsjäger „Escoffier“. Nach einigen Wendungen nahm Blériot direkt Richtung nach der englischen Küste, wo er nach 23 Minuten bei Dover landete. Er wurde von einer großen Volksmenge begeistert begrüßt und fuhr zu seinem Hotel, wo ihm zu Ehren ein Frühstück stattfand. Blériot schien über seinen Erfolg nicht sonderlich erregt zu sein.

Sauseinsturz. Petersburg, 25. Juli. Heute früh stürzte in der Kaschkajstraße ein fünfstöckiger Neubau ein. Die Zahl der hierbei umgekommenen wird auf zwanzig geschätzt. Die Rettungsarbeiten dauern noch fort.

Petersburg, 25. Juli. Bisher sind aus den Trümmern des eingestürzten Hauses schon 40 verstümmelte Leichen ausgegraben. An der Unglücksstelle spielen sich herzzerreißende Szenen ab. Das Publikum ist über den gewissenlosen Baunternehmer empört. Das Gericht ist bereits eingeschritten und die Verhaftung des Baunternehmers steht bevor. Die anderen dem Baunternehmer gehörigen Häuser wurden revidiert. Zwei von ihnen sollen wegen ihrer Gefährlichkeit für die Bewohner eingegriffen werden.

## Letzte Nachrichten.

Berlin, 26. Juli. Auf der Berlin-Kottbuser Chaussee kurz vor Kottbus fuhr das Automobil des Kaufmanns Helm aus Berlin gegen einen Stein und schlug um. Die Insassen wurden herausgeschleudert. Der Besitzer des Wagens und seine Frau wurden schwer, die zwei anderen Insassen leichter verletzt. Das Automobil wurde zertrümmert.

Hermesdorf, 26. Juli. Eine Gesellschaft von 5 Personen unternahm gestern eine Segelpartie auf dem Hermesdorfer See. Ploßlichternte das Boot und schlug um. Alle Insassen stürzten ins Wasser. Zwei von ihnen sind ertrunken.

Schemm, 26. Juli. Einen lächerlichen Lauf fand das gestrige Radrennen. Es handelte sich um den großen Preis im 100-Kilometer-Rennen hinter Motoren, das in drei Vorläufen ausgetragen werden sollte. Im ersten Vorlauf stürzten die beiden Teilnehmer Nonnewitz-Dresden und Brüggemann-Magdeburg und erlitten leichtere Verletzungen. Sie traten das Rennen fort. Die beiden anderen Teilnehmer liefen flucht. Im Entscheidungslauf in der 38. Runde verlor plötzlich Biaglas-Berlin seinen Schrittmacher. Er fuhr nach außen und geriet in Kollision mit dem Schrittmacher Müller des Fahrers Schen. Müller wurde nach außen an die Wand gedrängt und saute den da quer über die Bahn in das Publikum hinein. Drei Ermachene und ein Kind wurden verletzt. Müller und Schen trugen ebenfalls Verletzungen davon. Schen wurde benutzungslos wegggetragen. Das Rennen wurde abgebrochen.

Breslau, 26. Juli. Drei Angehörige der Breslauer Garde, ein Trainisoldat, ein Leibschütze und ein Infanterist, haben sich gestern aus bis jetzt unbekannten Gründen das Leben genommen. Sie sprangen alle drei in die Oder und sind ertrunken. Der Trainisoldat und der Leibschütze sind tot ans Land geschwemmt worden, während die Leiche des Infanteristen noch nicht aufgefunden werden konnte.

Kathenow, 26. Juli. Eine Liebestragödie hat sich gestern hier abgespielt. Ein Komödior war mit einem jungen Mädchen von hier verlobt. Das Mädchen zeigte Neigung, das Verhältnis zu lösen. Nach einem kurzen Wortwechsel zog der Komödior einen Revolver und schob auf das Mädchen, das bald darauf starb.

Graz, 26. Juli. Der Kaiserliche Erwin vonhardt aus Leipzig ist von der Nordwand des Schöckelberges bei Graz abgestürzt und war sofort tot. Die Leiche wurde geborgen.

Wien, 26. Juli. Der Polizeipräsident soll sich nach München geschickelt haben. Ein russischer Generalmajoroberst und ein Senator, die ihm verfolgen, sind von Wien nach München abgereist.

### Briefkasten der Redaktion.

E. N. Speng. Wenden Sie sich an die Verfassungskommission und suchen Sie eine prinzipielle Entscheidung herbeizuführen. Wir glauben allerdings nicht, daß Sie Erfolg haben werden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachs, für den Inseratenteil: Wilhelm Böttcher, beide in Vielefeld.

# Alsbergs Weisse Woche

wird von einer Bedeutung sein, wie in keinem Jahre zuvor.

Wir haben momentan in weissen Waren ein Lager von mehr als 150 000 Mark. Ein Teil dieses Lagers besteht aus ganz besonders preiswert erworbenen Waren, die wir im In- und Ausland in den grössten Fabriken angekauft haben. Nachstehend machen wir nähere Angaben über die ungefähren Quantitäten der vorhandenen Warenposten.

Wir haben mehr als:

- 12000 Teile Herren-, Damen-, Kinder- und Bett-Wäsche
- 20000 Meter weisse Bettdamaste und Bettsatins
- 5000 Teile Tischwäsche und Servietten
- 30000 Meter Hemdentuch
- 10000 Meter Halbleinen, Bettuchhalbleinen u. Handtuchgebild
- 5000 Stück Trockentücher und Handtücher
- 5000 Meter weisse Piqué, Croisé und Finettes
- 15000 Stück Taschentücher
- 1000 Teile weisse Damen- und Kinder-Konfektion
- 1000 Meter weisse Kleiderstoffe
- 1000 Teile Frottierwäsche
- 800 Fenster abgepasste Gardinen
- 5000 Meter Gardinen am Stück
- 1000 Meter Rouleauxstoffe
- 5000 Meter Fensterblenden
- 1000 Stück Brise bises
- 100 Stores
- 200 Waffelbettdecken
- 500 Kaffee- und Tee-Decken

**Unsere Weisse Woche beginnt Mittwoch vormittag 10 Uhr!**

Zur genaueren Orientierung geben wir unserer werten Kundschaft morgen eine Uebersicht über die Verteilung der Auslagen in den verschiedenen Etagen. Bei den vielen angeführten Artikeln ist es uns unmöglich, sämtliche Waren im Parterrelokal auszulegen.

## S. Alsberg & Co.

**Sommertheater.**  
(Brinkhoffs Tonhalle.)  
Heute keine Vorstellung.  
Dienstag, 27 Juli, Anfang 8 1/2 Uhr:  
Kaisers Erfolg!  
Sensationelle Regie! 100 Jahre  
verbüht gewesen.  
Dem Kaiser persönlich freigegeben!  
Zum 2. Male:  
**Ausgewiesen.**  
Soziales Drama in vier Akten von  
C. Büttcher.

**Die Anzeigen**  
in vor-  
liegender  
Nummer  
wollen  
die Inserenten und Leser der „Weisse  
Woche“ beachten!

**Wilhelm Küper,**  
Beauftragter Vertreter  
Pastor Felke  
Heilweise  
3794  
Bielefeld, Bahnhofstr. 29.  
erteilt Rat an Kranke.  
Sprechstunden ausser Freitags:  
9-1 Uhr, 3-6 Uhr.  
Verreist vom 15. bis 31. August.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
Zahlstelle Bielefeld.  
Dienstag, 27. Juli, abends 6 1/2 Uhr, in der „Centralhalle“:  
**Mitglieder-Versammlung**  
Tagesordnung:  
1. Abrechnung vom Stiftungs-Fest.  
2. Abrechnung vom II. Quartal.  
3. Vortrag über: Philosophie und Sozialismus.  
Referent: Redakteur A. Dente-Bremen. 4048  
4. Verbandsfragen.  
Massenbesuch unserer Versammlung ist notwendig.  
Die Lokalverwaltung.

**Rechnungs-Formulare**  
liefert in sauberer Ausführung  
prompt und billig  
Buchdruckerei „Volkswacht“  
**Herford.**  
**Prima Rindfleisch**  
per Pfd. 65 J  
**prima Kalbfleisch**  
70 und 75 J  
empfiehlt [3989]  
Grünwald, Schlachthof.

**Avis-Einladungs-Eintritts-Fest-Gesellschafts-Gratulations-Kondolenz-Menu-Speise-Verlobungs-Visiten-Wein-**  
liefert in sauberster Ausführung  
schnell und billig  
Buchdruckerei „Volkswacht“.  
Bielefeld, Schulstrasse 29.

**Karten**

Mr. 171.

Parti

Strafkonte der Parte  
nen Arbeiterbewegung t  
richten an Strafen erlan  
April 5 Monate, 1 Ja  
Geldstrafe; Mai 1 Ja  
Jänuaris, 3214 Mark G  
2040 Mark Geldstrafe.

Gewerks

Gelbe und Scharf  
berührt wird, aus allem  
Brief:

Herrn C

Da unser Arbeitsna  
und ich alles auslegen  
Kosten nicht trägt, so  
Honorar zurzeit auszu  
Vereinigung, nur um  
Exemplare des „Bund“  
Mit vor

Dieser Brief ist in v  
Einmal ist daraus zu er  
Unternehmerlagers die  
Bund“ fiken. Neben der  
Linie, Oberleutnant Goh  
und ausserdem noch ander  
die Mitarbeiter des „Bun  
Beweis dafür bringen, d  
schreibt, er sei bestrebt, d  
Dann aber zeigt der  
seine Mitarbeiter, die Na  
bei den Unternehmerorg  
Es geht ja deutlich aus  
Rasse gar nicht miszuver  
zählt, vielleicht auch nich  
er, Rasse, bei den Unter  
loje macht.

Ob Herr Rasse bei ev  
für die „Gelben“ den Ge  
dah — wenn die „Gelbe  
Rasse, kein Honorar von  
Wir erlauben es uns,  
glauben, daß die Metalli  
den eigenartigen geschäftli  
Lebens und Rasse.

Doch mag dem sein, w  
die früher von uns v  
Sprache, daß kein Arbeit  
beiderseitigen Absichten  
**Der Maurer- und Zie**  
wurde zwischen den Unter  
Bauarbeiter folgender,  
Der Lohn der Maurer u  
45 Pfg., vom 1. April 19  
gestellten unterliegt im e  
vereinbarung. Die Arbe  
her bestehen. Im nächst  
Lohnkommissionen die B  
für Bauhilfsarbeiter, der  
37 Pfg., vom 1. April 19  
arbeiter standen bis zum  
Bilanz; nur dieser Soli  
von Erfolg gekrönt war.

**Der Streik der Schre**  
licher Dauer mit gutem G  
gekommen. Erreicht sind:  
1. April 1910 ab und d  
Minimallohn, weiter a  
beitszeit um eine Stunde,  
sprechen dem Lohnausgleich  
Auf Betreiben des Unte  
Rührberger Unternehmer

Roman aus d  
von Fr

21  
Oben in Pacific Stre  
Haus, das nur von Spa  
Dach von darüber gespan  
verschossenem Ratten hatte  
radie Erde geschoben  
Dede zugelegt, ein Kranke  
Neben dem Lager stan  
und ein alter Mann mit  
den Fieberkranken gebeugt  
zu fühlen. Die Frau lag  
und beorgtem Blick nach d  
alte Arzt nachdenklich mi  
feinen Arm und führte ih  
„Sie sind mit meinem  
fie ihn hier mit zitternde  
mir nichts; seien Sie über  
immer tausendmal besser  
Angst, die mich zulezt ver  
„Fürchten Sie nichts,  
freundlich, sein Luis ge  
er liegt gerade im Häft  
dah aus der ganzen Sache  
ber, das wir schon wieder  
schenswert, daß sich dazu,  
Angehung schaffen ließe, a  
starke Regen zusammenwa  
„Oh denken Sie nicht a  
fen Sie mir nur die Veru  
hergestellt wird, und ich w  
„Ja, beste Mrs. Deifo  
„Fürchte ja, daß das eige  
dem Bereiche meiner Kun  
seiner Einbildung beruht.  
zugesogen?“

„Nein, nicht das Gerin  
„Und wo fanden Sie i  
„Der Arzt, und ihn, ei  
Haus wir geilltet waren  
Schlag und uns zwang a  
dem Parterhaus zurückge  
nieren Sachen zu retten.  
der Straße liegen, mit ei  
erkannte ihn glücklicherwe  
en, das ebenfalls ihm gebi  
die Wohnung seines Brude

# Beilage zur Volkswacht.

Nr. 171.

Bielefeld, Montag, 26. Juli 1909.

20. Jahrg.

## Parteinachrichten.

**Strafkonto der Partei.** Gegen Genossen, die in der modernen Arbeiterbewegung tätig sind, wurden von deutschen Gerichten an Strafen erkannt im Monat:

April 5 Monate, 2 Wochen, 6 Tage Gefängnis, 1314 Mark Geldstrafe; Mai 1 Jahr, 3 Monate, 4 Wochen, 5 Tage Gefängnis, 3214 Mark Geldstrafe; Juni 5 Wochen Gefängnis, 2040 Mark Geldstrafe.

## Gewerkschaftsbewegung.

**Gelbe und Schwarzmacher - „Bund“ - Genossenschaft.** Wie berichtet wird, aus allem Kapital zu schlagen, zeigt folgender Brief:

Herrn Generaldirektor Rasse

Dresdener Str. 111.

Da unser Arbeitsnachweis unerwartet viel Geld verschlingt und ich alles auslegen muß, weil unsere Arbeitgeber die Kosten nicht trägt, so bin ich gar nicht imstande, Ihnen Ihr Honorar zurzeit auszugeben. Wäre es nicht möglich, daß die Vereinigung, nur um eine Subvention zu geben, auf 1000 Exemplare des „Bund“ abonniert.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Rudolf Lebzig.

Dieser Brief ist in verschiedener Beziehung hochinteressant. Einmal ist daraus zu ersehen, an wie verschiedenen Stellen des Unternehmerrates der Mitarbeiter des „Arbeiterblattes“, „Der Bund“ sitzen. Neben dem Angestellten der Hamburg-Amerika-Linie, Oberleutnant Haub, nun auch der Generaldirektor Rasse, und außerdem noch andere Sekretäre der Unternehmung, die weil sie Mitarbeiter des „Bund“ sind, allein schon einen genügenden Beweis dafür bringen, daß es Heuchelei ist, wenn der „Bund“ schreibt, er sei bestrebt, Arbeiterinteressen zu fördern.

Dann aber zeigt der Brief auch, daß Herr Lebzig es versteht, seine Mitarbeiter, die Rasse und Genossen, scharf zu machen, um bei den Unternehmerorganisationen Mittel los zu beschaffen. Es geht ja deutlich aus dem Brief hervor und ist für Herrn Rasse gar nicht mißzuverstehen, daß Lebzig ihm kein Honorar zahlt, vielmehr auch nicht mehr als Mitarbeiter nimmt, wenn er, Rasse, bei den Unternehmern kein Geld für den „Bund“ los macht.

Ob Herr Rasse bei eventuellen Bemühungen um Subvention für die „Gelben“ den Herren Hegerwald usw. wohl gesagt hat, daß — wenn die „Gelben“ nicht subventioniert werden — er, Rasse, kein Honorar von Lebzig bekommt?

Wir erlauben es uns, das zu bezweifeln, wie wir überhaupt glauben, daß die Metallindustriellen keine Ahnung haben von den eigenartigen geschäftlichen Beziehungen zwischen den Herren Lebzig und Rasse.

Doch mag dem sein, wie ihm wolle. Dieser Brief spricht, wie die früher von uns veröffentlichten auch, eine so deutliche Sprache, daß kein Arbeiter im Zweifel sein kann über die arbeiterfeindlichen Absichten der „Gelben“.

**Der Maurer- und Zimmererstreik in Blauen ist beendet.** Es wurde zwischen den Unternehmern und der Lohnkommission der Bauarbeiter folgender, bis 1911 gültiger Tarif abgeschlossen: Der Lohn der Maurer und Zimmerer beträgt 47 Pfg. (bisher 45 Pfg.), vom 1. April 1910 ab 50 Pfg. Der Lohn der Junggehilfen unterliegt im ersten Jahre der beiderseitigen freien Vereinbarung. Die Arbeitszeit bleibt in diesem Jahre wie bisher bestehen. Im nächsten Frühjahr sollen die beiderseitigen Lohnkommissionen die Frage nochmals behandeln. Der Lohn für Bauhilfsarbeiter, der bisher 35 Pfg. betrug, wurde auf 37 Pfg., vom 1. April 1910 ab auf 40 Pfg. erhöht. Die Bauarbeiter standen bis zum Schlusse der Bewegung in geschlossener Front; nur dieser Solidarität ist es zu danken, daß der Streik von Erfolg gekrönt war.

**Der Streik der Schreiner in Nürnberg ist nach 12wöchentlicher Dauer mit gutem Erfolge für die Arbeiter zum Abbruch gekommen.** Erreicht sind: 3 Pfg. Lohnzulage sofort, 1 Pfg. vom 1. April 1910 ab und dementsprechende Steigerung des alten Minimallohnes, weiter ab 1. April 1911 Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde, auf 53 Stunden pro Woche, mit entsprechendem Lohnausgleich. Der Vertrag läuft bis Februar 1912. Auf Betreiben des Unternehmer - Schutzverbandes hatten die Nürnberger Unternehmer den 12. Febr. 1911 als Ablauftermin

des Vertrages verlangt. Der Streik ist deshalb sehr in die Länge gezogen worden, doch haben die Unternehmer, wie der Ausgang beweist, ihre schweren Opfer wieder mal umsonst für die Schwarzmacher gebracht.

**Streik der Tischler in Gollnow (Pommern).** Ein im Jahre 1907 zwischen der Tischler-Zunft und dem Holzarbeiterverband abgeschlossener Tarifvertrag wurde am 1. April d. J. von den Meistern ohne Angabe von Gründen gekündigt. Den Unternehmern war, wie sich nachträglich herausstellte, der im Vertrag festgesetzte Lohn von 35 Pfg. pro Stunde noch zu hoch; sie glaubten, daß es ihnen mit Hilfe der ungünstigen Geschäftslage gelingen würde, den Lohn herabzusetzen. Da sich die Konjunktur nun inzwischen hob, befürchteten sie wohl doch, daß ihr Vorhaben nicht durchgehen könne. Deshalb ließen sie jetzt überhaupt nichts mehr von sich hören; sie wollten nach dem 1. Juli gewiß ohne Vertrag arbeiten lassen. Da der Tarif doch einmal gekündigt ist, so nahmen die Arbeiter die Gelegenheit wahr und stellten Forderungen. Sie verlangten u. a. eine Erhöhung der Arbeitspreise um 10 Prozent. Die Unternehmer gaben auf ein an sie gerichtetes Schreiben, das die Forderungen der Arbeiter enthielt, überhaupt keine Antwort. Ein zweites von den Arbeitern abgefaßtes Schreiben kam mit dem Vermerk: „Annahme verweigert“ zurück. Dadurch ist es nun zum Ausstand gekommen. Zugang von Tischlern nach Gollnow ist fernzuhalten!

**Die Bürstenmacher in Stettin** sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Der mit der Norddeutschen Bürsten-Industrie, Inhaber Goldbach & Co., abgeschlossene Vertrag ist von den Arbeitern zum 1. August gekündigt worden. Die Firma will den Arbeitern keinerlei Lohnherabsetzung zugestehen. Da es aller Voraussicht nach zum Ausstand kommt, wird erachtet, den Zugang von Arbeitern und Arbeiterinnen des Bürstenmachersgewerbes fernzuhalten!

**Ausstand in der Schuhindustrie.** In der Schuhmacherei und -Ausputzerei von Jakob Bohrer in Birmensdorf (Wald) sind sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen wegen Wagerregelung mehrerer Kollegen in den Streik getreten. Zugang ist fernzuhalten!

**Die Glasergehilfen in Erfurt** traten in den Ausstand, nachdem die seit Februar mit den Unternehmern geführten Verhandlungen ergebnislos verlaufen sind. Die Gehilfen fordern auf die bisherigen Tarifsätze einen Aufschlag von 10 Prozent, für die Stundenlöhne einen solchen von 2 Pfg. sofort, 2 Pfg. vom 1. Juni 1910 ab, 1 Pfg. vom 1. Mai 1911 ab. Der Tarif soll Gültigkeit bis zum 1. Juli 1912 haben. Die Unternehmer suchen Streikbrecher heranzuziehen, weshalb Zugang fernzuhalten ist.

**Der Streik der Zimmerer in Birkenwerder** wurde nach vierwöchiger Dauer durch Abschluß eines zweijährigen Vertrages erfolgreich beendet. Den vorher gemachten Vermittlungsvorschlägen waren die Unternehmer nicht zugänglich. Durch das geschlossene Vorgehen der Arbeiter sind jetzt die eingereichten Forderungen voll anerkannt worden. Der Lohn erhöht sich von 65 auf 70 Pfg. pro Stunde bei neunstündiger Arbeitszeit. Nur ein kleiner Unternehmer, Böhm in Hohen-Neuendorf, weigert sich, den Tarif anzuerkennen, weshalb dessen Geschäft nach wie vor geperzt bleibt.

**Der Maurerstreik in Herborn (Bez. Wiesbaden)** wurde nach siebenwöchentlicher Dauer mit vollem Erfolge für die Arbeiter beendet. Alle Forderungen wurden erfüllt.

**Zur Frage der kommunalen Arbeitslosenversicherung** hat die Verwaltung der Stadt Düsseldorf eine Denkschrift ausarbeiten lassen. Das Ergebnis der Denkschrift kommt in folgendem Vorschlag zum Ausdruck, den die Verwaltung der Stadtverordnetenversammlung vorlegte und den diese einstimmig annahm: „Stadtverordnetenversammlung nimmt von dem Berichte des Statistischen Amtes, betreffend die Arbeitslosenversicherung, zum ständigen Kenntnis und erachtet die Verwaltung, durch Bericht an die vorgelegte Behörde und auf ihr sonst geeignete erscheinende Weise den Erlaß eines Reichsgesetzes zu betreiben, welches den Gemeinden das Recht zur Einrichtung kommunaler Arbeitslosenversicherungsfassen mit Beitrittswang für die in Frage kommenden, im Gesetz selbst noch näher zu bestimmenden Personengruppen verleiht.“

**Der Deutsche Tabakarbeiterverband im Jahre 1908.** Die Einnahmen im Jahre 1908 betrugen 768 872,20 Mk. Sie setzen sich zusammen: Eintrittsgeld 328 970 Mk., Verbandsbeiträge 631 014,15 Mk., Extrabeiträge (Reiz 1907) 3171,80 Mk., freiwillige Beiträge 9363,70 Mk., Bestand von 1907 122 039,65 Mk.,

Summa 768 872,20 Mk. Dieser Einnahme stand eine Ausgabe von 586 123,07 Mk. gegenüber, so daß ein Verbestand von 182 754,13 Mk. am Jahreschlusse vorhanden war. Wie die innere Festigung des Verbandes Fortschritte gemacht hat, zeigt folgende Aufstellung:

| am       | Durchschnittl. Vorbestand | Pro Mitglied |
|----------|---------------------------|--------------|
| Schlusse | Mitgliederzahl            | in Mk.       |
| 1900     | 17 254                    | 37 509,88    |
| 1905     | 24 619                    | 63 149,59    |
| 1908     | 28 556                    | 182 754,13   |

Ausgegeben hat der Verband 1908 für Krankenunterstützung 184 219,75 Mk. und 8165,— Mk. Sterbegeld. Für Arbeitslose 36 624,20 Mk., Umzug 5566,90 Mk., Notstandsunterstützung 475 Mk. Für die an erster Stelle stehenden Verbandseinnahmen gab der Verband aus: Streits 195 371,47 Mk., Mahnung 18 676,79 Mk. und Rechtschutz 3062,94 Mk. Für das Verbandsorgan 48 000 Mk. Das sind respektable Summen, die wohl geeignet sind, das Vertrauen der Tabakarbeiter zu ihrem Verband zu stärken. Die Mitgliederbewegung zeigt für Westfalen einen kleinen Rückgang, der aber schon im 1. Quartal 1909 wieder wettgemacht wurde. Dagegen stieg die Mitgliederzahl in Lippe (Detmold) von 343 am Schlusse 1907 auf 407 Ende 1908, in der Waldeckischen Enklave Pyrmont von 300 auf 377. Streits fanden im 5. Gau im Jahre 1908 statt: Spengel: Schmiedler & Co. Beteiligt waren 69 Personen, 34 männl. und 25 weibl.; 1 männl. und 1 weibl. Arbeitswilliger waren zu verzeichnen. Minden, Giddenhäusen, Weientamp, Buxteh, Dettinghausen: Firma Hegenbein. Beteiligt waren 137 Personen: 98 männl., 39 weibl.; 9 männliche und 7 weibliche Arbeitswillige waren in den 5 Betrieben. Holzhausen, Löwenien, Hagen: Biermann & Scheppling. Beteiligt waren 107 Personen; 37 männl. und 70 weibliche. Löwenien: Wolrad, Müßel. Beteiligt 17 Personen; 9 männl., 8 weibl.; 2 weibliche Arbeitswillige waren hier. Borntrup, Sonnenborn, Hagen. Steneberg: Beteiligt am Streik waren 89 Personen; 48 männl. und 41 weibl.; 5 männliche und 12 weibliche Personen waren arbeitswillig. Hedda: S. Wedede. Beteiligt 10 männliche Arbeiter. Kein Arbeitswilliger. Außer diesen Streits fanden im 5. Gau noch 2 Lohnbewegungen statt, die ohne Arbeitseinstellung vollen Erfolg brachten.

**Die Handlungsgehilfen und die Reichsfinanzreform.** Zu denjenigen Abgeordneten, die im Reichstage zugunsten der Agrarier für die neuen, Handel und Gewerbe belastenden Steuern stimmten, gehört der Antisemit W. Schäd. Vorsitz der deutschen Handelsgehilfenverbände. Ist diese Stellungnahme für den Leiter einer Handlungsgehilfenorganisation schon befremdlich genug, so war es noch verwunderlicher, daß derselbe Abgeordnete zugleich gegen jene Anträge stimmte, die eine Unterhöhung der durch die neuen Steuern geschädigten Angestellten und Arbeiter bezweckten. Für alle diese Unterstützungsanträge stimmten neben den Sozialdemokraten die Freisinnigen und Nationalliberalen. Der Abgeordnete Schäd aber stimmte gegen die Unterhöhung der durch die neue Brantwein- und Brausteuer geschädigten Angestellten und Arbeiter. Bei der Beratung des Tabakarbeitergesetzes stimmte Schäd zwar für den schwächlichen Unterstützungsantrag des Zentrums zugunsten der Arbeiter, aber gegen einen weitergehenden Antrag, der auch die Unterhöhung der geschädigten Angestellten ausbrachte. Es ist begreiflich, daß die Haltung Schäds in den Kreisen der kaufmännischen Angestellten das größte Aufsehen erregt und viel besprochen wird. Der Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Geilfinnen Deutschlands (Sitz Hamburg) hat ein Massenflugblatt herausgegeben, in dem die Haltung Schäds charakterisiert und aus seiner antisemitischen Parteirichtung erklärt wird. Es ist zu erwarten, daß diese neueste Leistung des antisemitischen Handlungsgehilfenführers seinen Anhängern zu denken geben wird und daß sie ihrerseits aus dem Verhalten Schäds die richtigen Konsequenzen ziehen werden, nämlich diesem Verbands den Rücken kehren und der gewerkschaftlichen Organisation, dem Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Geilfinnen Deutschlands (Sitz Hamburg) sich anschließen werden.

## Genossenschaftsbewegung.

**Die rheinisch-westfälische Holzindustrie, e. G. m. b. H.** in Barmen, erstattet ihren ersten Geschäftsbericht für die Zeit vom 24. Februar 1906 bis Ende 1908. Das Unternehmen wurde von der Gewerkschaft der Holzarbeiter in Elberfeld-Barmen zu

## Gold.

Roman aus den Goldfeldern Kaliforniens von Friedrich Gerstäder.

21 Oben in Pacific Street, in einem kleinen, einzeln stehenden Hause, das nur von Sparrwerk errichtet war und Wände und Dach von darüber gespannten blauen, schon in der Sonne arg verwittertem Kattun hatte, lag auf einer, in die Erde und auf die nackte Erde geklebten Matratze, mit einer weißen wollenen Decke zugebedt, ein Kranker in festem, aber unruhigem Schlaf.

Neben dem Lager stand eine junge bleiche, hübsche Frau, und ein alter Mann mit weißen Haaren hatte sich gerade über den Fieberkranken gebeugt, mit vorsichtigen Fingern seinen Puls zu fühlen. Die Frau schaute mit ängstlich geklammerten Händen und besorgtem Blick nach dem Ausbruch seiner Züge, und als der alte Arzt nachdenklich mit dem Kopf schüttelte, ergriff sie seine Arme und führte ihn der Tür zu.

„Sie sind mit keinem Zustand nicht zufrieden, Doktor?“ fragte ihn hier mit zitternder Stimme. „Oh bitte, verhehlen Sie mir nichts; seien Sie überzeugt, daß die schrecklichste Gewissheit immer tausendmal besser ist, als dieses peinliche Zagen, diese Angst, die mich zuletzt verzehren möchte.“

„Fürchten Sie nichts, Mrs. Setton.“, sagte der alte Mann freundlich. „Ihr Puls gefällt mir allerdings nicht recht, aber er liegt gerade im stärksten Fieber, und ich hoffe ziemlich fest, daß aus der ganzen Sache weiter nichts wird, als eben ein Fieber, das wir schon wieder heben können. Freilich, wäre es wünschenswert, daß sich dazu, besonders für Sie, eine freundlichere Umgebung schaffen ließe, als eben diese Kattunbude, die der erste starke Reiz zusammenzuwachen möchte.“

„Oh denken Sie nicht an mich, Doktor.“, bat die Frau, „schaffen Sie mir nur die Verabingung, daß mein armer Krank wieder hergestellt wird, und ich will Ihre Kunst segnen.“

„Ja, beste Mrs. Setton.“, sagte achselzuckend der Arzt, „ich fürchte fast, daß das eigenliche Uebel Ihres Gatten auser dem Bereiche meiner Kunst und mehr in seinem Geiste, vielleicht seiner Einbildung beruht. Sie wissen, was ihm diesen Zustand zugezogen?“

„Rein, nicht das Geringste.“

„Und wo fanden Sie ihn?“

„Der Arzt fand ihn, ein Gentleman aus England, in dessen Haus wir gelichtet waren, ehe die Mamma auch dort hinüberging und uns zwang zu flüchten. Setton war indessen nach dem Barterhaus zurückgekehrt, wenn möglich noch einiges von unseren Sachen zu retten. Jener Arzt fand ihn bewußtlos auf der Straße liegen, mit einer Anzahl Neugieriger um ihn her, erkannte ihn glücklicherweise, ließ ihn in dies kleine Haus schaffen, das ebenfalls ihm gehört, und brachte mich, die er indes in die Wohnung seines Bruders geführt hatte, zu ihm. Er ist jetzt

fortgegangen, Medizin zu holen, und ich danke nur Gott, daß er Ihre Schritte hierher gelenkt hat. Aber wie erfahren Sie, daß wir uns hier befinden?“

„Nur durch einen ansehnlichen Zufall.“, sagte der alte Mann, „der hier das kalifornische Schicksal zu vertreten scheint, wenn wir überhaupt in unserem wunderbaren Leben einen Zufall wollen gelten lassen. Von Mitpassagieren hörte ich, daß Mr. Setton, der einigen auf der Straße begegnet war, seine Frau verloren habe und — ganz außer sich darüber geraten sei. Einer der Leute hatte ihn aber glücklicherweise mit in diese Wohnung tragen helfen und war so freundlich, mich selber hierher zu führen.“

„Aber wie kann um Gotteswillen diese Krankheit nur in seiner Einbildungskraft beruhen?“ fragte die Frau.

„Vielleicht bin ich selber daran schuld.“, sagte Doktor Rascher. „Ich sah Sie während des Feuers in der Begleitung des englischen Arztes, den ich natürlich nicht kannte, glaubte aber Ihren Mann bei Ihnen, und als ich ihn näher, Sie juchend, fand und ihm sagte, daß ich Sie unter dem Schutze eines fremden Mannes getroffen, fürchte ich beinahe, daß er diesen für seinen Nebenbuhler hielt. Das allein, wenigstens nach dem, was Sie mir selber darüber mitgeteilt, erklärt seinen Zustand.“

Jenny schwieg, aber sie war fast noch blässer als vorher geworden und sah ernst und sinnend vor sich nieder.

„Armer, armer Krank!“, flüsterte sie dann leise, „und was glauben Sie, besser Doktor, daß ihn von diesem unglücklichen Wahn befreien, ihn gründlich heilen könne?“

„Gründliche Heilung.“, sagte da der alte Mann, „ist nur, aber immer als ein sehr gewagtes Mittel, durch ein persönliches Begegnen und Verständigen der beiden Männer möglich. Jetzt muß er sich ab in der Angst um ein Schattenbild, um ein bloßes Phantomb, das ihm überall droht und doch nicht erreichbar ist. Wenn er aber erst einmal Auge in Auge ihm gegenübergeht, habe“

„Und fürchten Sie nicht, Doktor, daß das seinen Zustand noch verschlimmern könne?“

„Auffrichtig gesagt, nein, wenn sich auch die Entwicklung solcher Seelenzustände unmöglich vorher bestimmen läßt. Wissen Sie, wo sich jener Herr aufhält?“

„Ich habe keine Ahnung davon. Erst durch Krank selber erfuhr ich gestern, daß er in Kalifornien ist, und selbst das kann noch eine Namenstauschung sein. Ueberdies fürchte ich das Schlimmste für seine Gesundheit, vielleicht für sein Leben, wenn er ihm jetzt, erregt und transthaft wie er ist, begegnet.“

„Dann bleibt Ihnen nichts weiter übrig.“, sagte der Arzt, „als entpfehle Kalifornien mit dem ersten besten Schiffe wieder zu verlassen, und das wäre für Sie beide, besonders für Sie, Mrs. Setton, das Allerbeste, oder, wenn Ihr Gemahl sich nicht dazu verheißt, eine Reise in die Gebirge zu machen, sobald Mr. Setton nur so weit wieder hergestellt ist, das ohne Gefahr für sich unternehmen zu können. Die frische Bergluft, und mehr

als das, ein Gefühl der Sicherheit dort oben in jenen Wäldern, wird alles dazu beitragen, ihm seine alte Kraft und Gesundheit wiederzugeben, und die erst einmal gewonnen, hält er sich auch wohl von selber die früheren häßlichen Träume fern.“

„Doktor!“ — flüsterte in dem Augenblick der Kranke, indem er sich mühsam vom Lager hob, „Doktor, dort die Straße hinauf sind Sie eben geflohen, wenn Sie — wenn Sie ein Pferd nehmen, können Sie ihn noch einholen — Jenu! o Jenu!“

„Krank, mein Krank!“ rief die Frau, an sein Lager fliegend und ihre Arme um ihn schlingend, „ich bin ja hier, bin bei dir, dich nie, nie zu verlassen. Kennst du deine Jenu nicht mehr?“

„Dort, die Straße hinauf, Doktor.“, rief aber der Unglückliche, den die sonst so teure Stimme nicht zum Bewußtsein zurückrufen konnte. „Dort drüben — um Gott! jetzt sind Sie um die Ecke, und in dem Gewirr von Menschen werden Sie Ihre Spur verlieren!“

„Krank, mein teurer Krank, besinne dich doch. Ich bin ja hier, bin bei dir, oh sieh mich doch nur an!“

„Sich!“, schüttelte da der Kranke, der dem Laut einen Augenblick gehorcht, dann aber schon wieder unstill mit seinen Gedanken umherirrte. „Sich! wo ist Sich!?“ rufen Sie ihn mir, Doktor. Ich muß ihn sprechen, aber schnell. Er kennt alle Winkel und Wege dieser tollen Stadt — er — hat mir auch ein Mittel angedeutet, mir Ruhe und Frieden wiederzubringen. Sich! — Sich! — kann — mir — helfen!“ — Und erschöpft, mit geschlossenen Augen sank der Unglückliche in die Arme seiner Gattin, die ihn jetzt auf sein Lager zurückließ, wo er regungslos und ruhig liegen blieb.

„Wer ist das, nach dem er da verlangt?“ fragte der Arzt, der wieder den Puls gefaßt hatte und hielt, mit unterdrückter Stimme.

„Ein Jugendfreund meines Mannes, den er hier zufällig in Kalifornien gefunden.“, erwiderte Mrs. Setton.

„Oh, da er nach ihm verlangt, wäre es am Ende am besten, ihn herzubringen. Vielleicht daß dessen Nähe jene wirren Träume zerstreute. Wissen Sie, wo er zu finden ist?“

„Er wohnt, so viel ich weiß, mit uns im Barterhaus, schien wenigstens dort sehr bekannt zu sein, denn trotz der Ueberfüllung des Hauses verdrängte er uns ein Quartier in demselben, aber sein Aussehen hatte gerade nicht viel Empfehlendes. Ich, ich kann mich irren, aber ich glaube kaum, daß ich mich in seiner Nähe wohl fühlen könnte.“

„Beste Mrs. Setton.“, sagte achselzuckend der Arzt, indem er den Arm des Kranken wieder auf die Decke zurücklegte. „Nach dem, was ich bis jetzt hier von dem Lande und seinen Bewohnern und Einwanderern gesehen habe, scheint es mir beinahe, als ob wir nicht immer nach dem ähneln den Aussehen der Leute urteilen dürften. Oft steht hier in der allerwunderlichsten, unheimlichen Stille ein ganz vorzügliches und höchstiges Exemplar von einem Menschen. Ich habe davon selber ein ganz merkwürdiges Beispiel entdeckt, das ich Ihnen später viel-

dem Zweite gegründet, gemahregelten Berufsgeoffen eine Er-  
kennung zu schenken. Mit Unterstützung der Konsumgenossenschaften  
gelang es, den Betrieb soweit auszugestalten, daß ein Betriebs-  
anwesen im Werte von 110 000 Mk. erworben werden konnte,  
in dem gegenwärtig über 30 Angestellte beschäftigt werden. Der  
Umsatz im Berichtszeitraum betrug 200 885 Mk., daran partizi-  
pierten Genossenschaften mit 70 Prozent, Gewerkschaften mit  
10 Prozent, Privatlandschaft mit 20 Prozent. Die Genossen-  
schaft produziert hauptsächlich Konformöbel. Da die Anteile der  
Genossenschaft sich hauptsächlich in Händen von Konsumgenossen-  
schaften befinden, die auch einen dementsprechenden Einfluß auf  
die Leitung des Unternehmens besitzen, so ist dafür gesorgt, daß  
letzteres sich auch weiterhin in genossenschaftlichen Bahnen ent-  
wickelt. Es kann daher bei Bedarf von Konformöbeln usw. der  
Bezug von der Genossenschaft nur empfohlen werden.

Einen neuen Vorschlag für die Verwendung der Warenhaus-  
steuer zugunsten des „Mittelstandes“ macht ein Händlerblatt,  
die „Kolonialwarenzeitung“. Sie gibt in einem Artikel über  
„Mittelstand und Kellame“ zu, daß die Warenhaussteuer in  
ihrer heutigen Form dem Mittelstande nichts nützt. Abgeschaffen  
dürfte man aber die Warenhaussteuer deshalb nicht; sie müsse  
nur besser im Interesse des Mittelstandes verwendet werden.  
Jetzt würden in Preußen die Gewerbesteuerzahler der dritten  
und vierten Klasse um den Betrag der Warenhaussteuer ent-  
lastet. Sie käme also nur einzelnen zugute, nütze aber keinem  
viel. „Ganz anders dagegen, wenn man den Ertrag einer ge-  
meinnützigen Vereinerigung überweisen wollte, wo eine  
solche besteht, zu dem Zwecke, das Kellamewesen auch den  
kleineren und mittleren Geschäftsleuten mehr dienlich zu  
machen.“ Die Steuer befähigt dann einen besseren Sinn, hätte  
etwas Ausgleichendes, Verschönendes für jedermann.

Soweit das zitierte Blatt. Man geht wohl nicht fehl in der  
Annahme, daß es unter den „gemeinnützigen Vereinerigungen“  
Rabattvereine und ähnliche Gebilde versteht, deren Klassen  
aus den Erträgen der Warenhaussteuer gefüllt werden  
sollen. Warum verlangt das Blatt eigentlich nicht einfach eine  
recht hohe Besteuerung der Warenhäuser und Konsumver-  
eine, deren Ertrag unter die Mitglieder der Mittelstands-  
organisationen und unter die Rabattvereine verteilt  
wird? Wenn diese Verhältnisse schon einmal auf das Armen-  
empfangen so sehr verpicht sind, können sie doch auch nicht dabei  
finden, wenn ihnen diese direkt überwiehen werden.

Eine alberne Stimmungsmache gegen Konsumvereine leistet  
sich eine Detailistenvereinigung, die in Zeitungen der ver-  
schiedensten Parteien folgende Weisheit ablagert:

„In vielen Kreisen des laienhaften Publikums ist die Mei-  
nung vorherrschend, daß man in Konsumvereinen billiger Ver-  
kaufe und verkaufen könne, als es der selbständige Kaufmann  
zu tun vermöge. Durch größeren Einkauf und dergleichen er-  
spare der Konsumverein gar viel und könne das seinen Mit-  
gliedern zuwenden. Dieser Vorteil ist aber nur ein scheinbarer.  
Zu einem vorteilhaften Einkauf gehört nämlich nicht nur ein  
großer Bedarf, sondern vor allen Dingen Warenkenntnis.  
Die Leiter der Konsumvereine sind aber größtenteils Leute,  
die bis dahin weder kaufmännische oder Warenkenntnisse je-  
mals konnten. Selbst dem vorzüglichsten gelehrten Kaufmann  
passieren gelegentlich Irrtümer, wie viel mehr dann dem un-  
gelehrten Manne, selbst dem besten Willen! Der selbständige  
Kaufmann weiß, daß er jeden Schaden selbst zu tragen hat.  
Er bedient seine Kunden viel aufmerksamer und kommt ihren  
Wünschen möglichst entgegen. Der Detailist wirkt nicht preis-  
verleumend, muß er doch schon durch den intensiven Wettbewerb  
seiner Kollegen unermüdlich darauf bedacht sein, alle Waren  
gut und so billig wie möglich zu liefern. Im größten wie im  
kleinsten Geschäft wird der Inhaber immer bestrebt sein,  
seine Waren vorteilhafter zu verkaufen als andere Geschäfts-  
leute. Die Leiter der Konsumvereine haben es gar nicht nötig,  
sich ihrer Haut zu wehren, weil ihnen die Rundschaft der Ge-  
nossen unter allen Umständen sicher ist. Sie haben ihre Runds-  
chaft, ihr Gehalt, ihre Bureaukosten und höchstens die Sorge,  
die Dividendenverteilung der Genossen mit der Höhe der Divi-  
dende im Einklang zu erhalten. Die Mehrzahl der Käufer in  
den Konsumvereinen glaubt, daß die am Jahresende wirt-  
schende Dividende rein verdient sei, daß also, wenn man seine  
Waren beim Kaufmann einkauft, dieser Eigenverdienst fort-  
falle und in die Tasche des Kaufmanns fliehe. Tatsächlich  
müssen die Käufer in Konsumvereinen in vielen Fällen mehr  
bezahlen als beim Kaufmann, und so ist die Dividende nichts  
als Blendwerk. Professore Staudinger in Darmstadt, der  
eifrige und von ihnen anerkannte Förderer der Konsumver-  
eine, betonte in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“:  
„Es ist ein Unbegriff, von einem reell und gesund verwalteten  
Konsumverein zu verlangen, er solle eine höhere Dividende  
geben als 5 bis 6 Prozent.“

Daraus geht hervor, daß die durchschnittlichen höheren  
Dividenden nur durch höhere Aufschläge auf den Einkaufspreis  
oder durch Abgabe geringerer Waren erreicht werden können.  
Wenn von den Mitgliedern der Konsumvereine ist es bei sei-  
nem Eintritt wohl gesagt worden, daß er unter Umständen  
schwer drückende Nachzahlungen zu leisten habe? Gewiß ist  
niemals davon gesprochen worden. So kommt es, daß Tausende

und Abertausende z. B. davon keine Ahnung haben, daß sie  
mit ihrem Vermögen für den Bestand des Konsumvereins ein-  
zusetzen haben, daß sehr oft die Geschäftsanteile gefährdet sind,  
durch deren Verlust sie einen weit größeren Schaden erleiden,  
als durch jahrelangen Verzicht auf Dividende. So kommt es,  
daß Tausende und Abertausende über die Sicherheit ihrer  
Spareinlagen bei Konsumvereinen nicht genügend aufgeklärt  
sind, und daß gering erscheinende Risiken, die weite Kreise  
nach sich ziehen, oft ausreichen, den Mitgliedern große Verluste  
und Unannehmlichkeiten zuzufügen.“

In dieser Einleitung fehlt der alte Trugschluß wieder, daß  
die Konkurrenz der Detailisten die Waren verbillige. Dann  
müßten die Waren um so billiger sein, je mehr Händler es gibt.  
Eine einfache Überlegung ergibt aber, daß dem nicht so sein  
kann. Die Konkurrenz an sich wirkt durchaus nicht auf die Herab-  
setzung der Preise. Die Konkurrenz spornt nur zur Einführung  
technisch vollkommener Produktionsmethoden an, und diese  
bilden Preisverbilligungen im Gefolge. Die Konkurrenz wirkt  
also vornehmlich auf dem Gebiete der Produktion, der Waren-  
herstellung. Viel geringer ist ihr Einfluß auf dem Gebiete der  
Distribution, der Warenverteilung. Hier steht der Händler von  
Aufschlägen auf die Waren, und diese Aufschläge müssen um so  
höher sein, je größer die Zahl der Händler, je geringer also die  
auf den einzelnen entfallende Umsatzquote ist. Der Konsumver-  
ein spart an Geschäftskosten, weil er einen Großbetrieb dar-  
stellt, und diese Ersparnis befähigt ihn, bei Innehaltung von  
Tagespreisen eine „Dividende“ auszuschütten, die allerdings nor-  
malerweise nicht höher sein kann wie etwa 6 Prozent. Höhere  
Rückvergütungen sind in der Regel nur zu erzielen durch ent-  
sprechende Aufschläge auf die Warenpreise. Weil dem so ist, be-  
kämpft der Zentralverband deutscher Konsumvereine seit seinem  
Bestehen aber auch entschieden die hohen Dividendensätze, und in  
den zuletzt erschienenen Konsumvereinen kennt man auch die hohen  
Rückvergütungen nicht. Im übrigen ist der Konsumverein nicht  
nur eine Anstalt zur Erzielung einer Dividende, sondern eine  
Organisation der Konsumenten, die besonders in der Zeit der  
Krisen und Epidemien von großer Wichtigkeit für die gesamte  
Volkswirtschaft werden kann. Ein Vergleich mit Privatge-  
schäften ist daher eigentlich unzulässig. Konsumvereine und  
Detailhandelsgehilfen sind in ihrem Wesen grundverschieden von-  
einander.

Auf die besseren Warenkenntnisse der Herren Detailisten  
brauchen wir wohl nicht näher einzugehen. Die Erfahrung hat  
schon längst zugunsten der Konsumvereine entschieden, und die  
Behauptungen der Krümer vermögen daran nichts zu ändern.  
Auch das Schreigepöhl der Detailisten der Genossen läßt keine  
Wirkung mehr aus. Wenn Genossenschaften gut geleitet werden,  
sind Konsumvereine ausgedient, die Detailisten aber dann keinen  
Schrecken, und die Spareinlagen sind so sicher wie bei jedem  
anderen Sparinstitut.

## Soziales.

Das Einkommen vermehrt sich rascher als die Bevölkerung.  
Nach der preussischen Steuerstatistik stieg das gesamte Einkom-  
men im Zeitraum 1896—1907 um 56 Prozent, während die Be-  
völkerung nur um 19 Prozent zunahm. In Sachsen vermehrte  
sich die Bevölkerung von 1880—1906 um 54 Prozent, das zu-  
fließende Einkommen um 141 Prozent. Für Baden betrug in  
der Zeit von 1885—1901 die Zunahme der ersten 20 Prozent,  
die des Einkommens 131 Prozent. In Preußen nahm von 1880  
bis 1903 die Volkszahl um 35 Prozent, das Einkommen um 150  
Prozent zu. Überall zeigte sich also das gleiche Bild: die Reich-  
tumsvermehrung eilte der Volksvermehrung voraus.

Der gleiche Beweis läßt sich führen, wenn man die Ent-  
wicklung der Produktion in Vergleich stellt zu der Bevölkerungszu-  
nahme. Einen wichtigen Anhaltspunkt zur Beurteilung der  
Produktionssteigerung gewährt die Statistik der Maschinen-  
kräfte. In dem Zeitraum von 1895—1907 stieg die Zahl der im  
Reiche tätigen Dampfmaschinenleistungen um 128 Prozent.  
Dabei ist aus Elektrizität, Gas, Petroleum und Wasserkraft ge-  
nommene Produktionskraft noch gar nicht mitgerechnet. Die  
Bevölkerungszunahme im Reiche betrug im gleichen Zeitraum  
nur 38 Prozent.

Bei einer einigermaßen gerechten Verteilung würde diese all-  
gemeine Steigerung des Wohlstandes eine beträchtliche Ein-  
kommensvermehrung für jeden einzelnen ergeben. Aber Millionen  
Menschen haben von der ungeheuren Gütervermehrung nichts  
oder so gut wie nichts abgekomen; denen, die schon viel hatten,  
wurde noch viel dazu gegeben.

Erhöhung der Einkommensgrenze für die Versicherungs-  
pflicht in der Arbeiterversicherung. Nach den übereinstimmen-  
den Vorschriften unserer Arbeiterversicherungsgesetze sind sämt-  
liche Personen, welche als Arbeiter, Gehilfen usw. gegen Gehalt  
oder Lohn beschäftigt sind, zu versichern, sofern der Betrieb oder  
Beruf, dem sie angehören, der Versicherungspflicht unterliegt,  
ganz gleich auf wie hoch sich ihr Arbeitsverdienst beläuft.  
Obwohl übereinstimmend haben aber auch die Versicherungsgesetze  
den in gehobener Stellung befindlichen Personen (wie Betriebs-  
beamte, Handlungsgehilfen, den in Betrieben beschäftigten An-  
gestellten usw.) in dieser Richtung eine Ausnahmebestimmung zuge-  
lassen.

Juristen sind wir alle, du und ich, deine Verwandten  
und meine Freunde, die Menschen als solche, die, mögen sie sein  
und treiben was sie wollen, von der Wiege bis zur Bahre nicht  
aus den juristischen Fängen heraus können. Selten ist die per-  
sönliche Berührung mit dem Jus angenehm. Desto erfreulicher  
und anmutiger wird es, wenn wir einen Standpunkt gewinnen,  
der uns die Beobachtung der juristischen Mitmenschen ermöglicht;  
all der anderen, die im Reiche des Rechts- und Unrechtslebens  
mit so großem Gebahren umherwandeln.

Für das Gegenstück juristischen Ernstes, für den aus Gesetz-  
töfeln, Paragraphen, Erkenntnissen, aus bürokratischen Tief-  
und Abgrundigkeiten herausstehenden Humor ist in diesem  
lustigen Buche eine Stätte bereitet. Zu den komischen Haupt-  
akten sind zahlreiche Scherze als Arabesken nebenher geteilt,  
aus dem Leben der Menschheit, mit der das Zivilrecht langen  
und das Strafrecht kurzen Prozeß macht. Greifen wir aus dem  
hier vorliegenden überreichen Material ein wenig „Stich im  
Jus“ heraus; möge die nachfolgenden kleinen Beispiele von  
dem amüsanten Inhalt des Büchleins dem Leser einen Vorge-  
schmack bereiten:

Was ist eine Eisenbahn? Definition des Reichsgerichts  
(Entscheidungen Band I Seite 232): „Eine Eisenbahn ist ein  
Unternehmen, gerichtet auf wiederholte Fortbewegung von Per-  
sonen oder Sachen über nicht ganz unbedeutende Raumstrecken  
auf metallener Grundlage, welche durch ihre Konsistenz, Kon-  
struktion und Glätte der Transport großer Gewichtsmassen, be-  
ziehungsweise die Erzielung einer verhältnismäßig bedeutenden  
Schnelligkeit der Transportbewegung zu ermöglichen bestimmt  
ist und durch diese Eigenart in Verbindung mit den außerdem  
zur Erzeugung der Transportbewegung benutzten Naturkräften  
(Dampf, Elektrizität, tierischer, menschlicher Muskelkraft, bei  
geeigneter Bahn auch schon der eigenen Schwere der Transport-  
gegenstände und deren Ladung usw.) bei dem Betriebe des Unter-  
nehmens auf derselben eine verhältnismäßig gewaltige, je nach  
den Umständen nur in beschränkter Weise nützliche, aber auch  
Menschleben vernichtende und die menschliche Gesundheit ver-  
lethende Wirkung zu erzeugen fähig ist.“

Als diese Entscheidung bekannt wurde, vereinigten sich die  
Eisenbahnbeamten zur Beantwortung der respektvollen Frage  
„Was ist ein Reichsgericht?“ Die Lösung lautete:  
„Ein Reichsgericht ist eine Einrichtung, welche dem all-  
gemeinen Verständnis entgegen kommen sollende, aber bisweilen  
durch sich nicht ganz vermeiden lassende, nicht ganz unbedeutende  
beziehungsweise verhältnismäßig gewaltige Fehler im Sachbau  
auf der schiefen Ebene des durch veränderte und ineinander  
geschaltete Verhältnisse ungenügend gemachten Angeleitnis herab-  
gerollte Definition, welche das menschliche Sprachgefühl ver-  
lethende Wirkung zu erzeugen fähig ist, liefert.“

Forensische Redereien. (Aus der „Gazette du Palais  
Bruxellois“.) Der Gesetzgeber hat im Munde meines Oheims

wiesen; diese sind nur dann der Versicherungspflicht unter-  
worfen, wenn ihr Arbeitseinkommen an Lohn oder Gehalt eine  
bestimmte Grenze nicht übersteigt. Diese beträgt in der Kran-  
kenversicherung 6 1/2 Mk. für den Arbeitstag oder, sofern Lohn  
oder Gehalt nach größeren Zeitabständen bemessen ist, 2000  
Mk. für das Jahr, in der Invalidenversicherung 3000 Mk.  
Für die Unfallversicherung (aber auch nur für diese!) ist aus-  
gesehen, daß die Versicherungsgehalt die Einkommensgrenze  
für die Versicherungspflicht hinausheben (§ 5 Abs. 15 Gewerbe-  
unfallversicherungsgesetz). Davon haben die Versicherungsge-  
halt auch den ausgedehnten Gebrauch gemacht. Gegen-  
wärtig beträgt die Höhe des Jahresarbeitsverdienstes, bis zu  
dem die Unfallversicherungspflicht ausgedehnt worden ist, in den  
Berufsvereinigungen für Ziegelei, Kleidererei, Feinmechanik,  
Norddeutsche Metallindustrie und Tabakindustrie 5000 Mk.,  
Brauerei und Mälzerei, Lederindustrie, Töpferei, chemische  
Industrie und Eisenbau 6000 Mk., Buchdruckerei 8000 Mk., Ei-  
senindustrie 10 000 Mk., Leinenindustrie und Mollerei 15 000  
Mk. Die Berufsvereinigungen für die Norddeutsche Holz-  
industrie, Musikinstrumentenindustrie, Papierindustrie und  
Steinbruchindustrie haben überhaupt keine Einkommensgrenze  
für die Versicherungspflicht festgelegt, bei diesen sind ausnahms-  
los sämtliche in den versicherten Betrieben beschäftigten Personen  
versichert.

Was in der Unfallversicherung angängig ist, läßt sich bei  
einem guten Willen auch in den übrigen Zweigen der Ar-  
beiterversicherung durchführen. Der Entwurf der Reichsver-  
sicherungsordnung hält leider an dem gegenwärtigen Zustande  
fest. Das ist die Dilemma für den „neuen Mittelstand“ in der Ver-  
sicherung! Wir haben deshalb dringend zu fordern, daß die Ein-  
kommensgrenze für die Versicherungspflicht auch in der Kran-  
ken- und Invalidenversicherung hinausgehoben wird und zwar auf  
mindestens 5000 Mk. pro Jahr.

ag. Quecksilber in der Zellbranche. Zu den Zellbeizungen  
wird heutzutage auch noch Quecksilber verwendet, das selbst-  
verständlich Vergiftungen herbeiführen kann. Diese Frage wird  
von Lebigh in der „Revue d'hygiène“ erörtert, der zunächst die  
deutschen, englischen und französischen Schutzeinrichtungen be-  
trachtet, die verboten wird, bei der Zellbeizung von Kindern und  
Jungen unter 18 Jahren, minderjährige Mädchen und  
Frauen zu beschäftigen; den ersten sollte auch das Stuben  
verboten werden. Wir wollen hier die Vorsichtsmaßregeln, die bei  
der Handlung mit Quecksilber zu treffen sind, nicht wieder-  
holen, sondern nur anführen, daß Bausilber ein neues Verfahren  
erfunden hat, wodurch die Quecksilbervergiftungen vermieden  
werden und doch ein ebenso guter Färb wie bei der Quecksilber-  
Salpetersäurebeizung geliefert wird. Interessant ist die Ge-  
schichte dieses neuen Verfahrens. Als im Jahre 1895 ein nach  
der alten Methode beschäftigter Arbeiter starb, fand eine große  
Agitation der Arbeiter statt, die keinen Erfolg hatte, denn  
auch unter den Arbeitern hatte das alte Verfahren noch An-  
hänger. Die Fabrikanten arbeiteten gegen das neue Monopoli  
und, was kaum begreiflich ist, sogar ein Arzt trat mit schönen  
Worten und Andeutungen für das alte Verfahren ein. Die Re-  
gierung beruhigte sich, wie es leider so oft vorkommen pflegt,  
mit der Einsetzung einer Kommission, so daß die ganze Sache  
im Sande verlief, denn den Behörden lag nichts an einer Be-  
günstigung des neuen Verfahrens, weil sie für den Auslands-  
handel fürchteten. So kam es denn, daß die Firma Zoube &  
Söhne, die die Quecksilbervergiftungen vermeiden wollte, zwei  
Jahre nach dem Erwerb des Monopols den Betrieb einstellen  
mußte. Indes wurde es anderwärts fortgesetzt, namentlich im  
Bezirk Moskau, wo es in den Jahren 1902—1907 in 67 Ver-  
stößen mit 1500 Arbeitern Verwendung fand. Auch in Deutsch-  
land gehen die maßgebenden Firmen nur sehr schwer an einen  
Erfolg des Quecksilbers bei der Zellbeizung heran.

Die Wirkung der Sozialgesetze in der Berufsstatistik. Die  
Berufszählung im Jahre 1907 hat bekanntlich auch eine ganz  
gewaltige Zunahme der berufstätigen Selbständigen ergeben, deren  
Zahl in Preußen von 1 221 598 = 3,38 Prozent im Jahre 1895  
auf 2 067 644 = 5,44 Prozent im Jahre 1907 gestiegen ist. Diese  
Zunahme erklärt sich sehr einfach, wenn man die große Gruppe in  
ihre Bestandteile zerlegt. Der Zuwachs (+) bzw. der Rück-  
gang (—) gegen 1895 beträgt nach der Statistik des Königlich  
Preussischen Statistischen Landesamtes in Prozenten für:

|                                             |         |
|---------------------------------------------|---------|
| Reintner, Pensionäre                        | + 92,08 |
| Von Unterstützung Lebende                   | + 29,24 |
| Nicht in ihrer Familie lebende Schüler,     |         |
| Studierende usw.                            | + 62,20 |
| Anfassen von Wohltätigkeitsanstalten        | + 46,46 |
| Armenhaus - Anfassen                        | + 30,30 |
| Anfassen von Stätten und Irrenanstalten     | + 66,66 |
| Anfassen von Straf- und Besserungsanstalten | + 19,01 |
| Ohne Beruf und Berufsangehörige             | + 13,08 |

Der Zuwachs beruht also in der Hauptsache auf einer außer-  
ordentlichen Vermehrung der Reintner und Pensionäre, — weil die  
von den Renten der Unfall-, Invaliden- und Altersversiche-  
rungsgesetzgebung lebenden Personen vielfach als Renten-  
empfänger oder Alters - Reintner bezeichnet und deshalb als  
Reintner oder Pensionäre in die Statistik aufgenommen werden.  
Daraus erklärt sich ferner auch der wesentliche Rückgang der

einen breiten Rücken. — Eine kirchliche Beisetzung hat nicht  
stattgefunden; der Tote ist in Zivil gestorben. — Dieser Leutcher  
ist das Paradeopfer des Staatsanwalts. — In Amerika fällt es  
den Neugeborenen nicht ein, sich in die standesamtlichen Listen  
eintragen zu lassen. — Der Kläger befaß sechs Pferde, da es  
ihm aber an der Arbeit fehlte, konnte er aus ihnen nicht die  
Nahrung gewinnen, die er erwartete. — Mein Klient hat ganz  
plötzlich seinen verstorbenen Herrn Vater durch den Tod ver-  
loren. — Wir erbieten uns, durch alle gesetzlich erlaubten Mittel,  
auch durch Zeugen, zu beweisen, daß der jugendliche Vorden der  
Klägerin sich 17 Zentimeter unter dem Niveau der Straße be-  
findet. — Achten Sie wohl, meine Herren, auf die Erklärung  
dieses Zeugen, der besser plädiert als ich. — Die Ursache ist der  
gordische Knoten der Frage. — Die elektrische Straßenbahn lief  
im Galopp davon. — Als diese Frau aus dem Gefängnis kam,  
sah sie jemand, der sich beifalle, sie in seine Arme zu schließen;  
ich hoffe, daß der Gerichtshof dasselbe tun wird.

Die Papiere. Ein Gendarm verfolgt einen Vagabunden  
und holt ihn schließlich leuchtend ein. Folgen Sie mir zum  
Amtsrichter! — „Was hab' denn? Meine Papiere sind doch  
ganz in Ordnung!“ — „Ach was, Sie haben doch gar keine  
Papiere!“ — „Natürlich hab' ich welche; hier sind sie!“ — „Ja,  
weil Sie laufen Sie denn so?“ — „Ich habe Karlsbader Wasser  
getrunken.“ — „Sie haben doch aber gesehen, daß ich hinter  
Ihnen her renne?“ — „Ich hab' gemeint, Herr Gendarm, Sie  
hätten auch Karlsbader Wasser getrunken.“

Der Rous. Staatsanwalt: „Wir haben hier mit einem  
durchaus unmoralischen und leichtfertigen Lebemann zu tun, den  
ich mehr als einmal an Orten gesehen habe, wo ich mich geschämt  
hätte, hinzugehen!“

Beitrittsinst. In einer Zivilklage überreichte Justizrat Staud  
dem Gericht einige Briefe als Beweismittel. Der Vorpreside  
betrachtete die Briefe lange und grünlich, nahm die Briefe ab,  
puckte sie umständlich, setzte sie wieder auf, prüfte nochmals  
und erklärte schließlich: „Aber Herr Justizrat, diese Briefe sind ja  
verjähr!“ — Justizrat Staud: „Schon möglich, als ich sie  
Ihnen überreichte, waren sie es jedenfalls noch nicht!“

Ein österreichisches Dokument. Bei einer Wiener Behörde  
wurde im Jahre 1909 das folgende amtliche Führungsattest ein-  
gereicht:

„Das Zeugnis der Sitte.  
Der unterzeichnete Gemeindevorstand bestätigt, daß Johann  
Brehal, gebürtig aus Gumpoldsdorf und zuständig zur Gemeinde  
Wroslowitz, 26 alt, ganz bewußt ist. Der genannte immer  
ordentlich sich nährte, daß niemand gegen ihn eine Ungunst hatte.  
Dieses Zeugnis gibt sich das 21. 11. 1909 Johann Brehal

von Unterstützung Leben  
sind jetzt zum größten  
Teil durch die Armen-  
kassen entlastet, die  
preussische Handelsmini-  
stertumskommission, als er  
gefragt: Die Verhältnisse  
des Armenwesens.

ss. Die Abnahme d  
Gefährdung stehend  
land ständig ab. Im Ju-  
in Preußen 835 100  
Dienste, im Jahre 19  
Unter den häuslichen  
42,71 Prozent abgenom-  
men. Die Diensten nur 1

Im Jahre 1895 ga-  
Preußen, im Jahre  
weiblichen Dienstbot  
nahme. Denn unter  
bevölkerung von Preußen  
1907 nur noch 4,18 ha-  
eine ganz wesentliche,  
Länder aufzuweisen haben

Gr

\*\* Bielefeld, 24. Ju-  
Dienstmadam Berta Leier  
hast, war von dem Ver-  
schickte im verlosenen  
gagiert, aber schon zu  
Pflichterlegung wieder  
Gr. Geld zu erpressen, h-  
dieses Jahres an Gr. 7  
vorwar, er habe aber  
das Fleisch in den Han-  
Wies geschachtet und 3  
Wenn er ihr ihren Sch-  
lese, werde sie ihn zur  
zur Anzeige gebracht und  
Erpressung 10 Tage Ge-  
Der Arbeiter Dietrich  
dieses Jahres mit einer  
Unjug getrieben und in  
Spinnereifabrik hierfelb-  
hard in Gemeinschaft m-  
Meier verhöht und sich  
Schöffengericht hatte in  
legung zu einer Geldstraf-  
fängnis verurteilt, wogeg-  
bellagt. Die Strafkamm-  
angemessen und erlannte  
Der schon einmal  
Wilhelm Nowow von  
Wege gewichen. Er die-  
hauken und hat es im  
Ramen seines Diensth-  
bedeutende Mengen War-  
erschwindeln und zum ge-  
Kolom Weinert in Am-  
Nowow vorgenommen  
höher, die aus den Besti-  
ten, beschlagnahmt. Die-  
wegen Betruges im we-  
wegen Diebstahls zu 8  
Mehrelei zu 6 Monaten  
wegen einfachen Haus-  
10 Mark eventl. 2 Tage

Schon wieder ein M-  
25. Juli. Vor dem R-  
gestern Abend nach sechs  
die der Mißhandlung aus-  
des 146. Infanterie-Reg-  
wurde wegen vorrührig-  
zwei Fällen und wegen V-  
len, sowie wegen Beleidig-  
drei Tagen gelinden Ar-  
schiffswürdiger Behandl-  
leistung, Mißhandlung  
Sergeant Sabowski wege-  
drei Wochen Mittelarrest  
Wobe wurde auf 14 Tage  
vier Wochen Mittelarrest

Tit

Don der „Neuen Zeit-  
das 43. Heft des 27. Ja-  
wie Beilage zu einer Be-  
bahn.“

Verpflichtet. Aus de  
Gericht wollte erkennen, d  
von mir für ihn a  
arbeitung übernommen  
beiter vorgelegten Arb-  
In Günthers „Recht un  
Beitrag

Polizeianzeige. Arrest  
sich aber brüht berlebe  
luter! — Ein Beweis,  
geistigen Kräfte war.

Abgebrüht. Amtsricht  
famulier, plägierte die streit  
eines satanisch gezeigten  
Fälle zu erledigen, bis d  
herauszufinden, sich zu  
Wieder einmal hatte er  
und nach einer längeren  
ferigen Dien: „Nun, Ar-  
Verleumdung?“ Er erhielt  
richter, geben Sie sich ma-  
Seiser bei Vorfrag!

Ein Trid. Schlo m  
Herr Rechtsanwalt, wenn  
Gängel als Präjent?“ -  
willen, Mensch, sind Sie  
schlammvermisch rüftieren,  
- Rinkles: „Nun, w  
Schlome Rinkles gew  
Als ihm sein Anwalt das  
er: „Also, was sagen Sie  
geichid das fette Gängel?  
Sie getan?“ - Rink  
beilegt hab' ich die Wif

Das hohe Lied. In der  
burg ist der Prediger eben  
ginnen. Durch einen Fr-  
weinbe“ eine unrichtig  
worden, und so erlöste  
Bis hierber  
In seiner gr

Stich im Jus.  
Auf die Frage: wer ist Jurist? antwortet Alexander Mos-  
kowski in seiner neuesten Sammlung „Stich im Jus“:

\*) Alexander Moskowsky: „Stich im Jus“. Ein lustiges  
Buch von Juristen und schweren Verbrechern. In farbigen  
Originalumschlag Preis 1,50 Mk. Verlag der „Lustigen  
Mäker“ (Dr. Essler u. Co.), Berlin SW. 68.

burger Hof.

Was wir in unserer 95 Pfg.-Woche bieten, ist bekannt; was wir aber dieses mal unserer werten Kundschaft offerieren werden, ist bis jetzt noch nicht dagewesen und wird einzig dastehen.

**Gebrüder Kaufmann**

Bielefeld, gegenüber dem Leineweberbrunnen.

Beachten Sie unser morgen erscheinendes Angebot.



4055

# Kinematographen-Theater zur alten Post.

Heute bis auf weiteres in

## Remke's Theatersaal

Ulmenstrasse.

4047

### Gratulations-Karten

für alle Gelegenheiten, nur feinste Genres, stets vorrätig in der Buchhandlung „Volkswacht“.

### Kleine Anzeigen-Gefe.

Jedes Wort kostet nur 2 Pfg., in der seltenen Überschrift 10 Pfg. \* Worte mit mehr als 15 Buchstaben werden doppelt gerechnet. Anzeigen unter dieser Rubrik werden nur bei Vorausbezahlung angenommen.

#### Wiebrod. Rechnen

man bei diesen schlechten Zeiten, wenn ein guter Herrg. 4 1/2 oder 6 Pfg. kostet, das ist ein Unterschied bei einem Duzend von 18 Pfg., also verdienen Sie bei mir 30 Proz. 3956

#### Verloren

vor einigen Tagen Doppeltrauring mit kleinem Opal. Gegen gute Belohnung abzugeben. Gütersloherstr. 41, rechts. 4052

#### Sofas

und Matratzen werden gut u. billig umgearbeitet von E. Hoffendahl, Wiggenstraße 12. 4036

#### Möbelhaus

B. Kürbis, Weichstraße 189, großes Lager, solide Arbeit, billige Preise. Teilzahlung gestattet. 4044

#### Um

damit zu räumen, verkaufe ich Tapeten zu äußerst billigen Preisen. Vorjährige Muster u. Reste billigst. J. D. Richter, Tapeten- u. Farbenhandlung, Bürgerweg und Ellerstraße-Ecke. 3984

#### Nähgarne,

Seide, Maschinennadeln, feinstes helles Maschinensülter 1,20 Mt. Zentral-Bazar Pradel, Bahnhof 2. 3675

#### Korken

liefert alle Sorten billigst. S. Bringer Nachf., Korkfabrik, Blumenstr. 24. 4050

#### Installateur-Gehilfe

für Gas sofort gesucht. Auskunft erteilt die Exped. d. Zeitung. 4051

#### Wiebrod, 55

kostet ein Duzend neue Herringe, das allerfeinste. Zur schnellen Abfertigung meiner werten Kundschaft ist es erwünscht, Packpapier oder Gefäß mitzubringen. 3955

#### Möbel

für jeden Bedarf in allen Preislagen. Standte, Weichstraße 7. 3821

#### Wohnung,

freundliche, von 3 Räumen nebst Stallung und Land per 1. Oktober zu vermieten. Nachfragen in der Expedition. 4046

#### Wohnung,

4 schöne Räume mit Stallung und Land, nahe am Wege zum Waldweg, Gustav Ellerbrod, Eiferstr. 228. 3993

#### 2 Bodenzimmer

1. Oktober zu vermieten, Eifer 351, bei Meier zu Hartlage. 4021



Heute morgen um 3 Uhr entschlief sanft nach kurzem aber schwerem Leiden, im festen Glauben an seinen Erlöser, mein innigstgeliebter Mann, mein lieber, treusorgender Vater, guter Sohn, Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel

### Friedrich Steinkrüger

nach 12-jähriger recht glücklicher Ehe im Alter von 34 Jahren. Dies zeigen tiefbetrübt im Namen der trauernden Hinterbliebenen an

**Alwine Steinkrüger geb. Strunk nebst Sohn.**

Bielefeld, den 24. Juli 1909. 4053

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 27. Juli 1909, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause Heeperstr. 92 aus statt. Vorfeier daselbst 3 1/2 Uhr.

#### Nachruf.

Am Sonnabend morgen 4 Uhr verschied nach kurzem, aber schweren Leiden plötzlich und unerwartet unser lieber Freund und Mitarbeiter, der Dreher

### Friedrich Steinkrüger

im Alter von 34 Jahren. — Sein stets freundliches und aufrichtiges Wesen sichert ihm ein bleibendes Andenken.

Seine Mitarbeiter der Firma Dürkopp & Co. Abteilung Dreherrei.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 27. Juli, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Heeperstraße 92, aus statt. Vorfeier 3 1/2 Uhr. 4057

### Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Nachruf.

Am Sonnabend, den 24. Juli, starb nach kurzem Leiden unser Mitglied

### Friedrich Steinkrüger

gen. Kirchner

im Alter von 34 Jahren. Die Ortsverwaltung.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 27. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Heeperstraße 92 aus statt.

### Nachruf.

Nach langem, schweren Leiden starb heute vormittag 11 1/2 Uhr meine liebe Frau, unsere gute Mutter und Tante

### Frau Johanne Hamke

geb. Niehans

im Alter von 53 Jahren. — Dieses zeigen mit der Bitte um stille Teilnahme an

Der trauernde Gatte nebst Kinder.

Die Beerdigung findet am Dienstag, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Herforderstraße 58, Schilde, aus statt.

#### Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und für die überaus zahlreichen Kränze bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten, treusorgenden Vaters, sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, der Fahnen-Deputation des Landwehr- und Reservevereins Heepen, dem Herrn Pastor Waubke für die trostreichen Worte am Grabe unsern innigsten Dank.

Familie Stuke.

Trauer-Briefe mit Couverts liefert Buchdruckerei „Volkswacht“.

**Abonnementspreis**  
für Bielefeld und Umgegend, wie bei sämtlichen Agenturen ins Haus gebracht 60 Pfg. monatlich. Durch die Post bezogen 1,80 Mt. vierteljährlich 4,80 Mt. Bestellgeld.  
Einzelnnummer 10 Pfg.

**Erscheinungstage**  
mit Ausnahme der Sonntage  
Feiertage täglich nachmittags

**Fernsprech-Anschluß** Nr. 35

**Nr. 172.**

**Die heutige Nummer**

**Harting**

R. B. Am 27. Februar minister Schönstedt während die denkwürdigen Worte: wird geführt. Mit brutalen der preußischen Kuffenpolitionären Bestrebungen a wirkende Kraft auf Preuss im eigenen Interesse zu wo selbst bürgerliche Kre schamlosen Treiben der ruf Handlangerdiensten, die d proklamierter der preuß „Ruffische Sache ist preuß Je härter die revolution um so dringlicher wurde d der belligeren Allianz hatte weit vor Russland erniedr Geheimbundsprozesses. „G der russischen Spindelorga rechte Mann, um die rec Deutschland beherrschenden gierung vor der russischen zubeuten. Ruffische Spie ein; die preußische Polizei Grenzollbehörden, Intizab die schmächtigsten Handlan angehörige wurde zum erit Anklage erhoben wegen Sp Beleidigung des Zaren; r lizeagenten suchten Hoffe geheimnisses zu veranlasse (wir erinnern bloß an den Holz widerrechtlich Kennnt an den Hall Karuntelstein, im Postzimmer Einfiht in verschaffen suchte, an den H Haare im Reichstage vorge in Preußen aufhielten, wu ten beraubt und wie geme Freiheit der Russen in Pre (eich des Oberpräsidenten Krasikow); endlich wurde licherungsrecht verwandelt, ausschlaggebende Stimme b lieferung von Personen der russischen Regierung unbea fchen Geheße in nichts verg Der energische Kampf, d tage und in der Presse g führte, hatte nur den Erfol gierung wie der Reichslanz Im übrigen blieb alles be deren Resultate die Herre Abgeordnetenhaus triumph allen Geheßen der Bernun „Exzellenz“ Harting, oder i ungeschliffen weiterarbeiten, be Die nachfolgenden Jahre dieses Kurzes. Die Massen Brochhausen im Jahre 1906, im Jahre 1907 und 1908, d Geheimbundsprozess sind Ma der „erzieherische“ Einflü während des Königsberger Konklus in Königsberg nö lehung zu liefern, so war i anter der 7. Abteilung in A liefern, die verteuert schwe werden kann. Und wenn den Versuch machte, die Au auf die internationale Anar anigte sie sich 1906 mit jo einer sozialdemokratischen V demokratischen Blattes ujo Träger am 12. Mai 1906 a Russenausweisungen im A zwischen Polizeistaat und A wies, daß „wir Sekundant N und Boden waren“, erklärt minister v. Bethmann-Holl Ruffenation der Polizei v jungen hin leiert die Au Flüchtlinge, die mittellose re revolutionären Umtrieben t fisch der Ausweisung der der Humanität ständen die wil lagen, des preußischen Zuegleich mit dieser „En fisch auch eine unvernünfti Meinung des deutschen W Parlamentarier sich 1904 g schaft Hartings aussprachen jumeilen Sympathie für heuchelte, so konnte sie sich n in Russland nicht genug tu die russischen Revolutionäre Polizei gegen die russischen S standal vermochte sie nicht d dem man das siegesichere i fies, werden die Enthüllung adischen Behörden mit den Ueber die Intimität der d jellen, über die sich täglich in Deutschland, über den g heimpolitisch — kein Wort. Verdunkelungsverjud im Be welchem „das Verheben eines nachung des Briefwechsels b ähnlicher Polizeistatutonen Verschwinden Harting-Land fabel“ gebore, findet in d der Kritik. Und doch liebe